

Gossweiler/Kühnl/Opitz

Faschismus: Entstehung und Verhinderung

Material zur Faschismus-Diskussion



4

ringmann

1,4

Texte zur Demokratisierung
Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags

In diesem Heft:

Mit Fragen der Faschismus-Entstehung und Verhinderung befaßte sich im Sommer 1971 eine Arbeitstagung der Arbeitskreise Junger Antifaschisten. Die dort gehaltenen Referate von Kurt Gossweiler (DDR) und Reinhard Opitz (BRD) bilden — in überarbeiteter Fassung — den Hauptinhalt dieses Heftes.

Kurt Gossweiler weist auf die Funktion des Faschismus als Herrschaftsinstrument des Finanz- und Monopolkapitals hin.

Zu der in diesem Referat geführten Auseinandersetzung mit Reinhard Kühnl nimmt der Marburger Politologe in einer Replik selbst Stellung.

Reinhard Opitz lieferte in seinem Referat „Wie bekämpft man den Faschismus?“ — das dem hier veröffentlichten Beitrag zugrunde liegt — Thesen zur antifaschistischen Politik. Zwei Kernsätze daraus können zugleich als Motto dieses Heftes gelten:

Vorbeugende, d. h. rechtzeitig wirksam werdende Faschismusbekämpfung muß die Mechanismen erkennen, aufgrund derer die monopolkapitalistische Gesellschaft die eine wie die andere Form des Faschismus aus sich hervorbringt, um zu einer realistischen Gegenstrategie zu gelangen.

Der antifaschistische Kampf muß daher auf das Ziel einer die Mehrheit der Bevölkerung umfassenden antifaschistischen Front gerichtet sein.

Mit der Veröffentlichung dieses Materials will die VVN — Bund der Antifaschisten — zur Diskussion dieser Thematik beitragen. Dabei deckt sich der Inhalt der einzelnen Beiträge nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Herausgeber.

DM 2,—



RÖDERBERG-VERLAG FRANKFURT
SCHUMANNSTRASSE 56 · TEL. 779084

Fritz

X

D 715

2008/12675

Der Titelausschnitt zeigt eine Aufnahme von der Demonstration gegen die Rechtskräfte und für eine aktive Friedenspolitik am 29. April 1972 in Bonn, an der sich Angehörige aller demokratischen Kräfte beteiligten.

Herausgegeben vom Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten —, Frankfurt/Main.
Redaktion: Peter C. Walther, Umschlagentwurf: Peter Altmann.
Erscheint als Heft 4 der Texte zur Demokratisierung, antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlages, im Röderberg-Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Schumannstraße 56. Alle Rechte beim Röderberg-Verlag. 1972. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

2675

DN 1994-6/93
FB X 1.4.

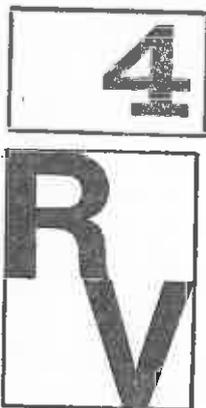
Gossweiler/Kühnl/Opitz

Faschismus: Entstehung und Verhinderung

Material zur Faschismus-Diskussion

Dieses Buch wurde dem Dokumentenhaus
der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
von *F. Bringmann*
gespendet.

KZ-GEDENKSTÄTTE NEUENGAMME
- DOKUMENTENHAUS -
Außenstelle des
Museums für Hamburgische Geschichte
Jean - Dolidier - Weg 39
21039 Hamburg



Heft 4 der Texte zur Demokratisierung
Antifaschistische Arbeitshefte
des Röderberg-Verlags, Frankfurt am Main

Inhalt:

Kurt Gossweiler

Über Wesen und Funktion des Faschismus

Material zur Faschismus-Diskussion 3

Reinhard Kühnl

Kapitalismus und Faschismus

Thesen zu Kurt Gossweilers „Material zur
Faschismus-Diskussion“ 39

Reinhard Opitz

Wie bekämpft man den Faschismus?

Thesen über antifaschistische Politik 46

Dr. Kurt Gossweiler

Über Wesen und Funktion des Faschismus

Material zur Faschismus-Diskussion

Die Frage nach Wesen und Funktion des Faschismus und des Neofaschismus gewinnt immer größere praktische Bedeutung. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die marxistisch-leninistische Faschismus-Analyse, wie sie am konzentriertesten 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegeben wurde. Gegen ihre Feststellung des Zusammenhanges zwischen Finanzkapital und Faschismus richteten sich nahezu alle bürgerlichen Faschismus-„Theorien“, angefangen mit den verschiedenen Varianten der „Totalitarismus“-Schablone bis zu der raffinierten Faschismus-Apologie eines Ernst Nolte.

Im Gegensatz zu diesen reaktionären „Theorien“ setzt sich Reinhard Kühnl in seinen Arbeiten über den Faschismus gerade zum Ziel, den engen Zusammenhang zwischen der Herrschaft des Kapitalismus und dem Aufkommen des Faschismus und die dadurch noch immer vorhandene Gefahr des Faschismus in der Bundesrepublik aufzudecken und herauszuarbeiten. Im Kampf gegen die reaktionären bürgerlichen Faschismus-Theorien sehen wir in Reinhard Kühnl einen Verbündeten, mit dessen Faschismus-Theorie wir in zahlreichen Punkten übereinstimmen. Aber gerade darum halten wir eine freundschaftliche Kritik an Thesen, die nach unserer Auffassung noch nicht bis zum Kern der Sache vorstoßen oder die Gefahr in sich bergen, von diesem Kern wegzuführen, für notwendig. (Wir ziehen hier vor allem die Arbeit von R. Kühnl: Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung, in Heft 12 von 1968 der Blätter für deutsche und internationale Politik heran.) Dabei sind wir uns der Tatsache bewußt, daß vor den Marxisten-Leninisten die Aufgabe steht, ihre Faschismus-Analyse auf den neuesten Stand zu bringen, unter Berücksichtigung der ungeheuren Fülle von histo-

rischem Material, das sich seit 1935 angehäuft hat. Immerhin läßt sich bereits jetzt sagen, daß diese riesige Tatsachenfülle die Grundaussagen der von Dimitroff 1935 gegebenen Faschismus-Analyse immer wieder bestätigt und bekräftigt hat.

I. Imperialismus und Faschismus

1. Der Faschismus ist die äußerste Konsequenz des dem Imperialismus innewohnenden „Dranges nach Reaktion und Gewalt“. „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall hin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet — das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.“¹

Das Monopol drängt nach Alleinherrschaft auf ökonomischem und politischem Gebiet. Der Drang nach Alleinherrschaft ergibt sich aus dem objektiven Zwang, zur Sicherung der für das Überleben im Konkurrenzkampf notwendigen Akkumulation nicht nur den Durchschnittsprofit, sondern Monopolprofite zu erzielen. Die Monopolprofite werden vor allem erzielt: a) durch Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, b) durch überhöhte Monopolpreise auf Kosten aller anderen Klassen und Schichten der Bevölkerung, einschließlich der Nichtmonopolbourgeoisie, c) durch Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staat zugunsten der Monopole.

Die bürgerliche Demokratie und der bürgerliche Parlamentarismus lassen den Werktätigen und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie noch begrenzte Möglichkeiten offen, sich gegen die verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung durch das Finanzkapital zur Wehr zu setzen. Deshalb ist das Finanzkapital bestrebt, diese Möglichkeiten durch Errichtung auch seiner politischen Alleinherrschaft zu beseitigen. „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die

¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, — im folgenden: Lenin, Imperialismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 302.

Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion."²

Hier liegt die erste Wurzel des Faschismus. Aus ihr rührt der offensive Charakter des Faschismus her: Der Drang nach Reaktion und Gewalt ist Ergebnis der Macht der Monopole, aus der gesetzmäßig das Streben nach Allmacht erwächst.

Es genügt also nicht, den Faschismus nur mit dem Kapitalismus in Verbindung zu bringen; und es reicht auch nicht aus, ihn *nur* als Instrument zur *Verteidigung* des Kapitalismus zu betrachten.³ Der Faschismus ist nur richtig zu begreifen als Frucht desjenigen Kapitalismus, der in sein höchstes und letztes Stadium, in das des Imperialismus, getreten ist. Er besitzt nicht nur eine defensive, sondern auch eine offensive Funktion.

2. Als politische Strömung und als Herrschaftsform betrat der Faschismus jedoch nicht gleichzeitig mit dem Imperialismus die Bühne der Weltgeschichte, sondern erst nach dem ersten Weltkrieg. Der Drang des Imperialismus nach Reaktion und Gewalt nahm also erst in einer bestimmten historischen Situation faschistische Gestalt an. Diese Situation ist vor allem durch den Eintritt des Kapitalismus in die Periode seiner allgemeinen Krise gekennzeichnet. Im Unterschied zu den zyklischen Krisen ist die allgemeine Krise des Kapitalismus eine Dauerkrise, die alle Bereiche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfaßt. Sie kam mit dem ersten Weltkrieg zum Ausbruch, als Folge der äußersten Zuspitzung aller Widersprüche des Kapitalismus. Der Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland im Jahre 1917 bedeutete sowohl Bestätigung als auch sprunghafte Vertiefung der allgemeinen Krise: Dieser Sieg bewies, daß der Kapitalismus in seine Endphase, in seine Todeskrise, eingetreten war, die zwar eine historisch lange Periode umfaßt, deren Hauptkennzeichen jedoch der Niedergang des Kapitalismus und der Aufstieg des

² W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus . . . , in: Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 34.

³ Vgl. Reinhard Kühnl, Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1968, S. 1260: „Seine soziale Funktion besteht darin, kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen sozialen Privilegien der Oberklassen auch dann aufrechtzuerhalten, wenn dieses System in die Krise gerät und die Massen sich dagegen wenden oder zu wenden drohen.“

Sozialismus in einem erbitterten weltweiten Klassenkampf zwischen Imperialismus und Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antiimperialistischen Kräften ist.⁴

Der Sturz der russischen Bourgeoisie hat der Bourgeoisie der ganzen Welt vor Augen geführt, daß die Arbeiterklasse tatsächlich imstande ist, sie zu besiegen, den Kapitalismus zu stürzen und eine neue Ordnung zu errichten. Die Wirkung dieser historischen Erfahrung auf die Monopolbourgeoisie war und ist widerspruchsvoll: Einerseits lernte sie den bisher als nicht regierungsfähig betrachteten sozialdemokratischen Reformismus als Schutzwall vor der Revolution schätzen und baute ihn in ihren Herrschafts- und Unterdrückungsapparat ein; andererseits rief ihre Furcht vor der Revolution das Bestreben hervor, die Arbeiterbewegung nicht nur in Schranken zu halten, sondern zu vernichten, um es den Arbeitern für immer unmöglich zu machen, sich zum Kampf für ihre Interessen zusammenzuschließen und zu organisieren; das Bestreben, der Revolution jede Chance zu nehmen, indem man die Revolutionäre „unschädlich“ macht, sei es durch Isolierung oder physische Vernichtung.

Der dem Imperialismus immanente Drang nach Reaktion und Gewalt gewinnt also in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine neue Qualität: Er steigert sich zum ständigen Drang nach vollständiger Ausrottung der revolutionären Arbeiterbewegung. Dies gilt allerdings nur als Tendenz, die in Abhängigkeit von den konkreten Bedingungen in den einzelnen imperialistischen Ländern in unterschiedlicher Stärke zum Ausdruck kommt. Das schärfste Instrument für die erstrebte Vernichtung der Arbeiterbewegung schafft sich der Imperialismus in den faschistischen Bewegungen und mit der Errichtung faschistischer Diktaturen. Die Hauptfunktion des Faschismus besteht in der gewaltsamen, terroristischen Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterbewegung. Im Hinblick auf diese Funktion ist es berechtigt und erforderlich, den Faschismus als Ausdruck und Ergebnis der historischen Defensive zu kennzeichnen, in die der Kapitalismus im Stadium seiner allgemeinen Krise gegenüber dem Sozialismus geraten ist.

⁴ Näheres zur allgemeinen Krise des Kapitalismus in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin, S. 37—40.

In der Begriffsbestimmung des Faschismus durch Reinhard Kühnl fehlt der Hinweis auf den Zusammenhang von allgemeiner Krise des Kapitalismus und Faschismus. Er muß schon deshalb fehlen, weil Kühnl überhaupt der Begriff der allgemeinen Krise des Kapitalismus fehlt; statt dessen spricht Kühnl nur allgemein davon, daß der Faschismus vom Kapital dann gebraucht wird, „wenn dieses System in eine Krise geraten ist“. Aber erst nach Eintritt des Kapitalismus in das Stadium seiner allgemeinen Krise entsteht der Faschismus, und erst in diesem Stadium benutzt die imperialistische Bourgeoisie den Faschismus als Not Helfer, wenn ihr System in eine Krise anderer Art, etwa eine zyklische Wirtschaftskrise mit einer politischen Krise im Gefolge, geraten ist.

3. Es wäre eine falsche Schlußfolgerung, aus der Feststellung des Zusammenhanges zwischen Faschismus und historischer Defensivposition des Kapitalismus den Faschismus lediglich als Symptom und Beweis für die Schwäche der Bourgeoisie anzusehen. Wir haben unter Punkt 1 bereits gesehen, daß der Faschismus auch den offensiven Drang des Finanzkapitals nach Alleinherrschaft zum Ausdruck bringt. Zum andern aber ist der Faschismus nicht die einzige Defensivwaffe des Imperialismus: Die Novemberrevolution in Deutschland hat gezeigt, daß seine letzte Verteidigungslinie gegenüber der sozialistischen Revolution der Reformismus, der Sozialdemokratismus, ist. Hinter diese Linie zog sich der deutsche Imperialismus zurück, als er der bewaffneten Revolution mit nackten Händen, ohne jede Möglichkeit eines gewaltsamen, bewaffneten Widerstandes, gegenüberüberstand. Also nicht nur die Errichtung der faschistischen Diktatur, auch die Übergabe der Regierungsgewalt an die Sozialdemokratie ist ein Ausdruck der Schwäche, der Defensive der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse, der Revolution.

In diesem Zusammenhang sei gefragt, welche Rolle die Weltwirtschaftskrise und die aus ihr hervorgegangene akute Krise des Kapitalismus in Deutschland für die Übertragung der Macht durch das Monopolkapital an die Hitlerfaschisten spielte. Nach Kühnl war es diese „Krisenlage“, die dazu führte, daß „die herrschenden Machtgruppen“ (es müßte exakter heißen: die führenden Gruppen der Monopolbourgeoisie) auf parlamentarische, bürgerlich-demokratische Regierungsformen verzichteten und zu

terroristischen Herrschaftsmethoden griffen.⁵ Im Gegensatz zur Leninschen Imperialismus-Analyse wird bei Kühnl die bürgerlich-demokratische Regierungsform als die *Normalform* auch unter der Herrschaft des Monopolkapitals betrachtet, das nur im Notfalle auf diese Regierungsform „verzichtet“ und im Faschismus Zuflucht sucht. Die geschichtliche Wirklichkeit der Weimarer Republik lehrt indessen etwas anderes: Die bürgerlich-demokratische Regierungsform wurde 1918/19 von den herrschenden finanzkapitalistischen Machtgruppen nur unter dem Druck der bewaffneten Arbeitermassen äußerst widerwillig akzeptiert, und zwar nicht für alle Zeit, sondern nur solange, als sich keine Gelegenheit bot, sie wieder loszuwerden. Für sie war diese lasche Weimarer Republik nur ein „Zwischenreich“, ein Notbehelf, der so rasch wie möglich durch einen „starken Staat“ abgelöst werden sollte, in dem die Herrschenden wieder uneingeschränkt Herr im Hause sein konnten, ohne auf Wählermassen, Parlamente und Gewerkschaften Rücksicht nehmen zu müssen.

Es war deshalb nicht so, daß sie 1932/33 aus Not auf die parlamentarische Regierungsform „verzichteten“, weil anders kein Ausweg aus der Krise zu sehen war, sondern es war eher umgekehrt: Die führenden Kreise des Monopolkapitals forcierten um die Jahreswende 1932/33 die Übergabe der Macht an die Nazipartei aus Furcht, sonst die Gelegenheit zu verpassen, mit der Weimarer Republik endlich Schluß machen zu können. Dafür nur ein einziges, dafür jedoch sehr beweiskräftiges Dokument: In der bekannten vertraulichen Privatkorrespondenz „Deutsche Führerbriefe“, die von führenden Großindustriellen mit Paul Silverberg an der Spitze herausgegeben wurde, erschien in den Nummern 85 und 86 (1. und 4. 11. 1932) eine Artikelfolge unter der Überschrift: Jena oder Sedan. Gemeint war damit: Niederlage oder Sieg im Krieg gegen das „Weimarer System“. Es hieß dort: „Es besteht jetzt die Chance, das tatsächliche System, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, zu ändern . . . Wir sind heute endlich soweit, ohne Sozialdemokraten zu regieren . . . Aber . . . was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? . . . Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach

5 Kühnl, a. a. O., S. 1260.

dem Ablauen des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der ‚Systemzeit‘ wird . . . Ein Systemwandel wäre es gewesen, wenn die Regierung die Tarifauflockerung und Lohnsenkung freigegeben und die Wirtschaft dann beides im freien Spiel durchgepaukt und ein der Wirtschaft gemäÙes System ausbalanciert hätte . . . Der Sinn der Krise müÙte für das Unternehmertum sein, dies System . . . los zu werden . . . In der Konjunkturzeit wird man es nie mehr los werden. Auch die jüngste Heraussetzung der Sozialleistungen . . . deutet als Vorwegnahme konjunktureller Entwicklung schon an, wie der Apparat in der Konjunktur wieder funktionieren wird. Sedan oder Jena? . . . Ausschöpfen der Krise und ihrer Kraft zur Reinigung und Neuorientierung oder Fortwursteln von einem Tag zum andern mit der sicheren GewiÙheit, daß nach Jahr und Tag wieder das alte Theater losgeht? Das ist auch die epochale Frage an die Wirtschaft.“

Zwei Tage nachdem die „Führerbriefe“ mit diesen Sätzen erschienen waren, erlitten die Nazis bei den Reichstagswahlen am 6. November eine eklatante Niederlage. Sie verloren über 2 Millionen Stimmen. Die NSDAP drohte ebenso rasch zu zerfallen wie sie angeschwollen war. In den Augen der Monopolherren, mit deren Millionen der Aufstieg der NSDAP finanziert worden war, stellte sich die Situation so dar: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an der Macht zu sehen . . . Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt, . . . wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft dringend.“⁶ Besonders dringend wurde diese Unterstützung nicht, weil etwa die proletarische Revolution vor der Tür gestanden hätte, also die Macht des Monopolkapitals unmittelbar bedroht gewesen wäre. Was die Monopolherren befürchteten, war die Wiederkehr des „alten Theaters“, also die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie, weil dadurch ihre innen- und außenpolitischen Zielsetzungen gefährdet worden wären. Im Innern wollten sie aus Profitsucht die Löhne auch in einem kommenden Konjunkturaufschwung auf dem in der Krise erreichten Hungerniveau einfrieren: Dazu brauchten sie ein politisches Re-

⁶ Aussage des Bankiers Kurt von Schröder, in: Anatomie des Krieges, Berlin 1969, Dok. 17, S. 98.

gime, das die Arbeiterklasse wehrlos machte. Nach außen wollten sie freie Hand für die Vorbereitung und Entfesselung des Revanchekrieges. Dazu brauchten sie ein Regime, das alle Friedensanhänger, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Pazifisten, unterdrückte und niederhielt und eine hemmungslose Aufrüstung betrieb. Kurzum: dazu konnten sie ein parlamentarisches Regime nicht mehr gebrauchen, dazu mußte die faschistische Diktatur her.

Bei den Wahlen am 6. November war die Krise der Nazipartei vor aller Welt offenbar geworden. Am 19. November beeilten sich führende Großbankiers, Großindustrielle und Junker, in einer Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg die Ernennung des Führers dieser krisengeschüttelten NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler zu fordern.⁷ Am 30. Januar 1933 kam Hindenburg dieser Forderung nach. Mit der Übertragung der Macht an die NSDAP wurde in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.⁸

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Weltwirtschaftskrise hat das Streben der Monopolbourgeoisie nach Beseitigung der Weimarer Republik nicht hervorgerufen, wohl aber um ein Vielfaches gesteigert. Die Errichtung der faschistischen Diktatur durch das Finanzkapital war nicht nur ein Akt der Defensive gegenüber einer revolutionierten Arbeiterklasse, sondern zugleich ein Akt der Offensive zur Erreichung langfristig anvisierter Ziele. Sie war also zugleich Ausdruck der Schwäche als auch der Stärke der Monopolbourgeoisie. „Für den Sieg des Faschismus ist . . . eben folgender Umstand bezeichnend: Einerseits zeigt dieser Sieg die Schwäche des Proletariats, das durch die Spalterpolitik der Sozialdemokratie, durch ihre Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie desorganisiert und paralysiert wurde; andererseits bringt er aber die Schwäche der Bourgeoisie selbst zum Ausdruck . . .“⁹, da sie mit den alten Mitteln der parlamen-

⁷ Wortlaut der Eingabe und Namen der Unterzeichner bei Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?* Köln 1967, S. 69 f.

⁸ Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in: Wilhelm Pieck / Georgi Dimitroff / Palmiro Togliatti, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus*, Berlin 1957, S. 87.

⁹ Dimitroff, a. a. O., S. 86.

tarischen Demokratie nicht mehr imstande war, ihre Absichten zu verwirklichen und ihre Ziele zu erreichen.

4. Wer ist gemeint, wenn die Marxisten-Leninisten von den reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elementen des Finanzkapitals als Trägern der faschistischen Diktatur sprechen?

Die reaktionärsten, am meisten zum Kriege drängenden Elemente des Finanzkapitals sind naturgemäß die mächtigsten und führenden, die Hauptgruppen des Monopolkapitals. Dazu zählen die Großbanken und Großkonzerne aus Bergbau, Schwerindustrie, Chemie- und Elektroindustrie und anderen Bereichen, also die industrielle Komponente dessen, was wir heute als „militärisch-industriellen Komplex“ bezeichnen. Von diesen Elementen des Finanzkapitals wird der Faschismus in erster Linie aufgezogen und an die Macht gebracht, sie bestimmen die Politik der faschistischen Diktatur. Das heißt keineswegs, daß die faschistische Diktatur nicht auch im Interesse der übrigen Elemente des Finanzkapitals, etwa aus der Konsumgüterindustrie, liegt. Natürlich haben auch die Monopolisten der Textilindustrie oder die Leiter der Zigarettenkonzerne nichts dagegen einzuwenden, daß die Gewerkschaften zerschlagen, das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigt und die Unternehmer zu „Betriebsführern“ mit unbeschränkter Macht gegenüber der „Gefolgschaft“ gemacht werden; ebensowenig sind sie etwa Gegner der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht oder der Aufrüstung und des Kurses auf Expansion. Aber sie haben gegenüber den führenden Monopolisten des militärisch-industriellen Komplexes unter der faschistischen Diktatur noch weniger Möglichkeiten, ihre spezifischen Interessen zu verfechten, als in einer parlamentarischen Demokratie.

Gegen die Faschismus-Definition der Marxisten ist seit eh und je das Feuer der bürgerlichen Monopolapologeten gerichtet, der liberalisierenden Autoren ebenso wie der extrem-reaktionären. Karl Dietrich Bracher schreibt beispielsweise in seinem 1969 erschienenen Buche „Die deutsche Diktatur“: „Hitler war auch hier alles andere als ein Instrument der Kapitalisten . . . die kooperierenden Fachleute und Wirtschaftler waren Instrumente und Objekte, nicht Subjekte dieser Politik.“¹⁰ Kühnl will, wie

¹⁰ Karl Dietrich Bracher, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln-Berlin, 1969, S. 364.

seine Arbeiten ausweisen, gegen die Freisprechung der „Oberschichten“ angehen. Aber infolge Inkonsequenz und wohl auch ungenügender Tatsachenkenntnis nimmt er in seinen „Versuch einer Begriffsbestimmung“ des Faschismus auch eine besonders raffinierte Variante der Entlastung des Monopolkapitals auf, nämlich die auf August Thalheimer zurückgehende Bonapartismus-Theorie. In direkter Polemik gegen Dimitroffs Faschismus-Definition auf dem VII. Weltkongreß schreibt Kühnl: „Der Faschismus bedeutet keineswegs die unmittelbare Herrschaft irgendeiner Gruppe des Kapitals.“¹¹

Weder Dimitroff noch ein anderer Marxist hat je davon gesprochen, der Faschismus sei die „unmittelbare“ Herrschaft des Finanzkapitals. Das Wörtchen „unmittelbar“ geht ganz allein zu Lasten Kühnls. Es ging und geht den Marxisten ganz und gar nicht um die Frage, ob der Faschismus eine direkte oder indirekte, mittelbare oder unmittelbare Herrschaft ist, sondern um die Frage, wessen Herrschaft er ist, um die Frage nach seinem Klassencharakter. Eben weil diese Diktatur nicht die unmittelbare Herrschaft der Monopolbourgeoisie ist, kann ja der Klassencharakter dieser Diktatur überhaupt erst verkannt und verfälscht werden. Die marxistische Definition wendet sich, wie aus Dimitroffs Ausführungen eindeutig zu ersehen, gegen sozialdemokratische, trotzkistische und andere „Theoretiker“, die aus der sozialen Herkunft der Naziführer den Klassencharakter der faschistischen Diktatur ableiten und sie als Herrschaft des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über alle Klassen und Schichten einschließlich der Monopolbourgeoisie ausgeben. Demgegenüber besagt die marxistische Analyse: Trotz der anderen sozialen Herkunft der faschistischen Häuptlinge ist der Faschismus die Macht des Finanzkapitals. Damit müßte Kühnl ja eigentlich einverstanden sein, hat er doch mit anderen — zugegebenermaßen weniger klaren und unzweideutigen — Worten dasselbe gesagt: Die soziale Funktion des Faschismus „besteht darin, kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen sozialen Privilegien . . . aufrechtzuerhalten“.¹² Das kann, wenn man sich vergegenwärtigt, wie soziale Funktionen in der Realität des gesellschaftlichen Lebens zustande kom-

11 Kühnl, a. a. O., S. 1263

12 Kühnl, a. a. O., S. 1260.

men, nichts anderes bedeuten, als daß die „Oberschichten“ sich des Faschismus — und damit der faschistischen Partei und ihrer Führer — als eines Instrumentes zur Sicherung ihres Eigentums und ihrer Privilegien bedienen. Das ist aber — nur mit anderen Worten gesagt — auch die Auffassung der Kommunisten. Ihnen aber wirft Kühnl vor, sie betrachteten die faschistische Staatsführung „nur als bloßes Vollzugsorgan, als ‚Agent‘ und Handlanger des Kapitals“. ¹³

Hier hat Kühnl zwei Wörter zuviel verwendet und damit die kommunistische Auffassung entstellt. Jawohl, die Kommunisten betrachteten und betrachten die faschistische Staatsführung als ein Vollzugsorgan und als Handlanger der herrschenden Klasse, der Monopolbourgeoisie. Aber „nur als bloßes Vollzugsorgan“? Das unterstellt doch die schwachsinnige Auffassung, diese Staatsführung habe jeweils nur auf direkten Befehl oder Auftrag aktiv werden können, habe überhaupt keinen Spielraum für eigene Initiativen, keinen eigenen Kompetenzbereich besessen. Eine solche Auffassung haben Kommunisten nie vertreten und konnten sie nicht vertreten, weil sie ebensowohl der Wirklichkeit wie der marxistischen Staatsauffassung und der marxistischen Basis-Überbau-Theorie widerspricht. Der Staat ist zwar das Instrument der herrschenden Klasse, und die Regierungen sind Willensvollstrecker dieser Klasse, aber sie sind nicht „nur“ das, sie sind mehr, nämlich der „geschäftsführende Ausschuß“ zur Vertretung der Gesamtinteressen dieser Klasse, und das setzt im Rahmen eben dieser Interessen einen weiten Spielraum für aktives Handeln aus eigener Initiative voraus. Die deutsche Monopolbourgeoisie konnte der Naziführung als ihrem „Generalbevollmächtigten“ für Terrorisierung und Verführung des Volkes und für Kriegsvorbereitung und Kriegsentfesselung ohne Sorgen größtmöglichen Spielraum für eigene Initiativen überlassen, hatten die Naziführer doch die Ziele des „Chefs der Firma“ voll und ganz zu ihren eigenen gemacht.

Für Kühnl war die Naziführung aber nicht nur mehr als ein „bloßes Vollzugsorgan“, sondern auch mehr als „Geschäftsführer“ des Monopolkapitals, nämlich unentbehrliche Schiedsinstanz: Eine partielle Verselbständigung der Exekutive mußte nach Kühnl „schon deshalb in Kauf genommen werden, weil die

¹³ Kühnl, a. a. O., S. 1262.

verschiedenen Machtgruppen des Kapitals ihre Konflikte in der Krise untereinander nicht mehr zu regeln vermochten und deshalb eine Instanz benötigten, die zu verbindlichen Entscheidungen in der Lage war. Nur auf diese Weise war das Gesamtsystem zu stabilisieren".¹⁴ Dies ist die Hauptthese der sogenannten Bonapartismus-Theorie, die von pseudomarxistischer Position aus die Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale widerlegen soll. Nach dieser Theorie vermochte sich die faschistische Staatsmacht — ähnlich wie seinerzeit Napoleon III. und Bismarck, die durch Ausbalancieren und gegenseitiges Auspielen der verschiedenen, zeitweilig etwa gleichgewichtigen Klassenkräfte vorübergehend eine scheinbar über den Klassen stehende Schiedsrichterrolle spielen konnten — gegenüber dem Monopolkapital partiell zu verselbständigen und sich zum Schiedsrichter über die im Streite liegenden Fraktionen der Monopolbourgeoisie aufzuwerfen.

Wenn mit der Bonapartismus-Theorie nichts anderes gesagt sein sollte als dies: daß auch im Faschismus selbstverständlich die stets zu beobachtende Tendenz zur Verselbständigung und die Tatsache einer relativen Selbständigkeit des Staates gegenüber den Gruppen der herrschenden Ausbeuterklassen zu verzeichnen war, wäre nichts gegen sie einzuwenden. Aber bei dieser Theorie handelt es sich darum, daß als Wesensmerkmal des Faschismus ein besonders starkes Maß an Verselbständigung der faschistischen Führerclique gegenüber der herrschenden Klasse behauptet wird. Die Nähe zu den bürgerlichen Faschismus-Theorien, denen zufolge der Faschismus nicht die Diktatur des Monopolkapitals, sondern der faschistischen Partei oder ihres Führers sei, ist nicht zu übersehen.

Die Behauptung, die verschiedenen Gruppen des Monopolkapitals hätten ihre Konflikte nicht mehr zu regeln vermocht und deshalb die Nazis zum Schiedsrichter berufen müssen, hält einer Nachprüfung nicht stand. Eine solche Auffassung nimmt den Schein für Wirklichkeit, die Tatsache nämlich, daß nach außen hin zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung des für das System lebenswichtigen Führermythus alle Entscheidungen vom allwissenden, allmächtigen und unfehlbaren Führer ausgehen müssen.

¹⁴ Kühn, a. a. O., S. 1263.

In Wahrheit wurden jedoch die Konflikte zwischen den Gruppen der Monopolbourgeoisie im Prinzip nicht anders entschieden als früher, nämlich durch den Sieg jener Gruppierung, deren Konzeption versprach, den Zielen des deutschen Imperialismus unter den gegebenen Bedingungen am besten und schnellsten näherzukommen. Nur der Modus der Austragung dieser Konflikte hatte sich gründlich geändert: Die faschistische Diktatur sorgte dafür, daß die Öffentlichkeit vollkommen ausgeschlossen und das Bild der „einmütig hinter dem Führer stehenden Volksgemeinschaft“ unberührt blieb. In die Entscheidung selbst griffen die Naziführer, wenn überhaupt, gewöhnlich nicht als Parteimänner, sondern als Vertrauensleute bestimmter Gruppen des Monopolkapitals in der Parteiführung ein. Hitler selbst lehnte es bezeichnenderweise in der Regel ab, in solchen Konflikten eine Entscheidung zu fällen, und beschränkte sich darauf, diese, nachdem sie gefallen war, zu sanktionieren.

5. Das Verhältnis von faschistischer Partei- und Staatsführung und Monopolbourgeoisie wurde entscheidend bestimmt durch die weitere Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Als staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnen wir das Verwachsen der Macht der Monopole mit der Staatsmacht zu einem einheitlichen Herrschaftsmechanismus. Eine solche Entwicklung erwächst zwangsläufig aus dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist entwickelter, entfalteter Imperialismus. Die unmittelbaren und tieferen Ursachen für die Vereinigung der Monopolmacht mit der Staatsmacht liegen erstens in dem Bestreben der Monopole, den Staat für sich allein zu okkupieren, die übrige Bourgeoisie von der Herrschaft und alle anderen Klassen und Schichten von der Einflußnahme auf den Staat auszuschließen; zweitens in der Unmöglichkeit, angesichts des zügespitzten Grundwiderspruchs des Kapitalismus (gesellschaftliche Produktion, aber kapitalistische Aneignung der Produkte) ohne Eingreifen des Staates die kapitalistische Produktionsweise aufrechtzuerhalten; drittens in dem Bestreben, die Diskrepanz zwischen politischen Zielen (z. B. Weltherrschaft) und begrenzten ökonomischen Möglichkeiten durch Konzentration und zentralen Einsatz aller Kräfte zu überbrücken. Der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelt sich also dort am schnellsten und kräftigsten, wo die Macht der Monopole besonders stark ist, wo

die imperialistischen Widersprüche besonders zugespitzt und bedrohlich sind und wo die Ziele des Imperialismus sich in besonders krassem Gegensatz zu seinen Möglichkeiten und Ressourcen befinden. Es ist also kein Zufall, daß Deutschland bereits im ersten Weltkrieg dasjenige Land wurde, in dem sich der staatsmonopolistische Kapitalismus stärker als in jedem anderen imperialistischen Land entwickelt hatte. Die Weltwirtschaftskrise gab der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland erneut stärkste Anstöße. Ohne Eingreifen des Staates konnte ein Ausweg aus der Krise nicht gefunden werden. Die Monopole aber wollten gesichert sehen, daß dieses Eingreifen ausschließlich in ihrem Interesse erfolgte. Der Faschismus wurde also von Anfang an auch dazu an die Macht gebracht, das ausschließliche Funktionieren des Staates im Sinne des Monopolkapitals zu gewährleisten.

Der Bankier Kurt von Schröder ließ in seiner bereits zitierten Aussage auch diese Absicht — wenngleich verklausuliert — mit hinreichender Deutlichkeit erkennen, indem er erklärte: „Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme.“¹⁵ Der Ausbau des staatsmonopolistischen Systems in der faschistischen Diktatur erfolgte denn auch unter der Losung der „Selbstverwaltung der Wirtschaft“. Ihr Merkmal war, daß die Unternehmerverbände unter der Leitung der Monopolisten in Staatsorgane oder Institutionen öffentlichen Rechts mit staatlichen Befugnissen umgewandelt wurden und das Wirtschaftsleben wie nie zuvor direkt von Vertretern des Finanzkapitals geleitet wurde, wie umgekehrt der Staat wie nie zuvor die Wirtschaftsprozesse steuerte. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter der faschistischen Diktatur führte also zu einer beispiellos engen, inigen Verschmelzung von Monopolmacht und Staatsmacht. Dieser Prozeß verstärkte also nicht die relative Selbständigkeit des Staates, sondern verminderte sie.

Zugleich aber machten sich in der faschistischen Diktatur auch entgegengesetzte Tendenzen geltend. Dafür gab es verschie-

¹⁵ Schröder, a. a. O., S. 98.

dene Ursachen, die in den allgemeinen Widersprüchen des Imperialismus und in den spezifischen Widersprüchen der faschistischen Diktatur begründet waren. Hier sei nur auf einen dieser Widersprüche hingewiesen: Der faschistischen Führung war nicht nur die Aufgabe anvertraut, dem Monopolkapital für sein Profitstreben freie Bahn zu schaffen, sondern auch, für die Raubkriege des deutschen Imperialismus ein ruhiges Hinterland zu schaffen, ein zweites 1918 nicht wieder zuzulassen. Beide Aufgaben schlossen sich im Grunde gegenseitig aus.

Daraus, daß die „Befriedung“ des Hinterlandes in erster Linie durch Terror und Einschüchterung mit Hilfe eines ungeheuerlich aufgeblähten Unterdrückungsapparates erfolgte, ergab sich ein unvergleichlich größeres Gewicht dieses politischen Apparates und seiner Funktionäre als etwa unter einem bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystem. Zwischen diesem Apparat und seiner spezifischen Funktion und rein am Profit orientierten Interessen gab es unvermeidlich Interessenkollisionen, bei denen aber letzten Endes immer wieder die Interessen der Monopole auf der Grundlage des bestimmenden Gesamtinteresses der Monopolbourgeoisie den Ausschlag gaben.

II. Klassencharakter und Massenbasis des Faschismus

Wie schon gezeigt, wird der Klassencharakter des Faschismus weder von der sozialen Herkunft der faschistischen Führer noch von der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Parteien und deren Anhängerschaft bestimmt, noch auch von den Programmen und Parolen, mit denen die faschistische Propaganda einen Massenanhang zu gewinnen sucht. Sein Klassencharakter wird wie der jeder anderen politischen Kraft einzig und allein von seiner Politik bestimmt, das heißt, von der Stellung, die er im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Volksmassen und Monopolkapital, einnimmt.

Wir sahen, daß die faschistischen Parteien alle anderen Parteien des Großkapitals an Volksfeindlichkeit und Mißachtung der nationalen Interessen übertreffen, weil sie noch brutaler und bis zur äußersten Konsequenz die Interessen der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals vertreten.

Gegen diese Feststellung wird von einigen Autoren eingewandt, eine Partei, die den deutschen Imperialismus in die Niederlage geführt habe, könne doch wohl kaum als Interessenvertreterin der imperialistischen Bourgeoisie bezeichnet werden. Der englische Historiker Tim Mason formuliert diesen Einwand wie folgt: „Man kann einen grundsätzlichen Mangel an Konformität zwischen politischem Kalkül und wirtschaftlicher Führung im nationalsozialistischen Deutschland feststellen . . . Hitler (kaante) . . . nur eine politische Spielregel: *va banque* . . . Dieser Politik . . . fehlte aber jeder auch nur mittelbare Bezug zu den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Reproduktion. Dies ist daran zu sehen, daß die expansionistische Zielsetzung in keinem Verhältnis zum deutschen wirtschaftlichen Potential stand; daß diese Zielsetzung an sich schon unreal . . . war und zur Niederlage führen mußte . . . Aber darüber hinaus ist *va banque* keine Maxime des monopolistischen Wirtschaftens; das Großunternehmen kann es sich nicht leisten, solche Risiken in solchem Tempo einzugehen — es hat sie auch nicht nötig . . . Die *Va-banque*-Politik (war) nachweislich kein adäquater Überbau (der monopolwirtschaftlichen Basis): Ihr Vermächtnis bestand aus Trümmern und Asche — und einer . . . anhaltenden Niederwerfung des selbständigen deutschen Imperialismus.“¹

Die Logik dieser Beweisführung ist verblüffend. Weil die imperialistische Bourgeoisie nur an siegreichen Kriegen interessiert ist, können verlorene Kriege nicht auf ihr Konto gehen! Man muß Mason allerdings Konsequenz bescheinigen: Da nach seiner Theorie nur die faschistische Führung daran schuld war, daß Deutschland einen Krieg um irrealer Ziele führte, mußte für den deutschen Imperialismus die Möglichkeit eines erfolgreichen Ausgangs des zweiten Weltkrieges bestanden haben. Dazu Mason: „Es wäre allzu leicht, im nachhinein ein imperiales Programm für das Deutschland von 1938—39 zu entwerfen, das eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in ganz Europa gewährt hätte, die dann hätte verfestigt und weiter ausgebaut werden können. Hierzu gab es Ansätze . . . In der konkreten Situation Deutschlands Ende der 30er Jahre . . . hätte

¹ Tim Mason, *Primat der Industrie?* — Eine Erwiderung, in: *Das Argument*, Heft 47, Juli 1968, S. 195 f.

eine vorsichtigere Politik den imperialistischen Interessen sowohl lang- als auch kurzfristig besser gedient.“²

Der zweimal unternommene und zweimal gescheiterte Griff des imperialistischen Deutschland nach der Weltmacht hätte Mason ja eigentlich genügen müssen für die Einsicht, daß die Ursachen für die Kriegsentfesselung wie für die Niederlage tiefer liegen als im Willen der jeweils Regierenden, nämlich in der Natur des deutschen Imperialismus, der sich periodisch wirtschaftlich als Riese, aber politisch benachteiligt fühlt und dessen extreme Eroberungs- und Raubgier gepaart ist mit der notorischen Unfähigkeit zu realistischer Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Der faschistische Charakter der Kriegführung des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg erklärt sich gerade aus diesen Besonderheiten des deutschen Imperialismus. Nicht, weil der Faschismus seinen Bedürfnissen nicht genügend, sondern gerade, weil er ihnen vollkommen entsprochen hat, führte er den deutschen Imperialismus in die Niederlage. Deshalb war er auch der „adäquate Überbau“ über der monopolistischen Basis des imperialistischen Deutschland in der Phase der Vorbereitung, Entfesselung und Führung des zweiten Weltkrieges. Daß dieser Krieg verlorenging, war nicht in erster Linie durch die faschistische Führung verschuldet, sondern dadurch, daß ein Krieg um die Weltherrschaft, von welcher imperialistischen Macht er auch immer geführt wird, in der Epoche der Befreiung aller Völker von imperialistischer Unterdrückung, in der Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, zutiefst anachronistisch ist und an dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt scheitern muß, wie vor unser aller Augen gegenwärtig durch die Niederlage des USA-Imperialismus in Vietnam demonstriert wird.

Masons Argumentation findet sich — in abgeschwächter Form und ohne Masons letztendliche Freisprechung des deutschen Monopolkapitals von der Verantwortung für das Verbrechen des zweiten Weltkrieges — auch bei Reinhard Kühnl, wenn er formuliert: „Mit der Theorie der partiellen Verselbständigung der faschistischen Exekutive kann auch der erstaunliche Tatbestand erklärt werden, daß es immer wieder zu Maßnahmen ge-

² Ebenda, S. 196 f.

kommen ist, die — vom rational verstandenen Interesse des Systems her gesehen — dysfunktional wirkten . . . Hier (bei den Vernichtungsmaßnahmen gegen die europäischen Juden, K. G.) triumphierte die irrationale Ideologie des Faschismus über alle „sachlichen Notwendigkeiten.“³

Es kann hier nicht im einzelnen dargelegt werden, warum es sich bei der „Endlösung“ ebensosehr um eine imperialistische wie um eine faschistische „Irrationalität“ handelte, die sich keineswegs in einem unlösbaren Widerspruch zu den „sachlichen Notwendigkeiten“ der Kriegführung des faschistischen deutschen Imperialismus befand. Die prinzipielle Lösung des Problems liegt in der Widersprüchlichkeit der Lage des deutschen Imperialismus, aus der sich zwangsläufig widersprechende Interessen eben dieses Imperialismus ergaben, deren Berücksichtigung deshalb zugleich „funktional“ und „dysfunktional“ wirkte. Dafür nur ein Beispiel: Die Angehörigen der unterworfenen Völker waren einerseits ein nahezu unerschöpfliches Arbeitskräfte-reservoir. Sie waren aber auch ein ebenso unerschöpfliches Reservoir für den antifaschistischen Widerstands- und Befreiungskampf dieser Völker. Vom Standpunkt der Versorgung der Rüstungswirtschaft mit Arbeitskräften war die massenweise Ermordung arbeitsfähiger Russen, Ukrainer und Polen „dysfunktional“; aber vom Standpunkt der Unmöglichkeit, auf die Dauer 400 Millionen Europäer, darunter fast 200 Millionen Sowjetbürger, durch 70 Millionen Deutsche zu beherrschen, war eine Politik der — mit Generalfeldmarschall von Reichenau zu sprechen — „erbarmungslosen Ausrottung artfremder Heimtücke . . . und damit Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Rußland“⁴, also der systematische Völkermord, keineswegs „dysfunktional“, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Dies ist nicht gesagt als ausreichende Erklärung für die faschistische Judenausröpfungspolitik — hier spielten noch eine Reihe anderer Faktoren mit; aber diese Ausführungen machen wohl klar, wie prinzipiell falsch die undialektische Anwendung des Begriffs der „Dysfunktionalität“ und die daraus abgeleiteten Schlußfolge-

³ Kühnl, a. a. O., S. 1263.

⁴ Aus dem Befehl des Generalfeldmarschalls von Reichenau über „Verhalten der Truppe im Ostraum“ vom 10. Oktober 1941.

rungen über den angeblichen „Triumph“ der faschistischen „Ideologie“ über die Interessen der Monopolbourgeoisie sind. Wo immer es dem Faschismus bisher gelang, eine nennenswerte Massenbasis zu gewinnen, setzte sie sich überwiegend aus dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum zusammen. Aus diesen Schichten rekrutierte er in der Hauptsache seine Terrorbanden und seine Wählermassen, auf die gestützt das Monopolkapital in Deutschland den Übergang zur faschistischen Diktatur „legal“ vollziehen konnte. Die Anziehungskraft des Faschismus auf Arbeiter erwies und erweist sich demgegenüber als gering; nur die Randschichten der Arbeiterklasse, ihre politisch rückständigsten oder durch jahrelange Arbeitslosigkeit deklassierten Elemente, schlossen sich in Deutschland in den Jahren vor 1933 der NSDAP an. Von den 14 Millionen Wählern, die damals für die NSDAP stimmten, waren nur zwei Millionen Arbeiter. Die Nazi-Partei wuchs ausschließlich auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien und durch die Stimmen bisheriger Nichtwähler:

	1928	Juli 1932
NSDAP	0,810 Mill.	13,700 Mill.
DNVP	4,400 Mill.	2,100 Mill.
DVP	2,700 Mill.	0,436 Mill.
DDP (Dt. Staatsp.)	1,500 Mill.	0,371 Mill.
Wirtschaftspartei	1,300 Mill.	0,146 Mill.
SPD	9,100 Mill.	7,900 Mill.
KPD	3,200 Mill.	5,200 Mill.

Die beiden Arbeiterparteien, KPD und SPD, erhöhten ihren Stimmenanteil zusammengenommen von 12,3 auf 13,1 Millionen, bei einer Verschiebung der Wählerstimmen von der SPD zur KPD. Den Faschisten ist also vor 1933 kein nennenswerter Einbruch in die Reihen der deutschen Arbeiterklasse gelungen. Damit hatten sie aber gerade die Aufgabe nicht bewältigt, deren Lösung die Großbourgeoisie von ihnen in erster Linie erwartete und die sich die Faschisten bei Gründung ihrer Partei selbst zum Ziele gesetzt hatten. In den Reichwehrkursen, die Hitler als „Bildungsoffizier“ in München 1919 absolvierte, hatte er von den verschiedensten Vorgesetzten immer wieder gehört, für Deutschlands Aufstieg komme es vor allem darauf an, den deutschen Arbeiter dem internationalen Marxismus zu entreißen und

ihn zu „nationalisieren“. Von den Reichswehroffizieren wurde Hitler mit der Nase auf eines der brennendsten Probleme der herrschenden Klasse gestoßen. Der erste Weltkrieg hatte besonders die deutschen Imperialisten und Militaristen gelehrt, daß einer der allerwichtigsten Faktoren der Kriegführung die Haltung der Arbeiterklasse ist, die im Kriege nicht nur die Rüstungsproduktion anzuhalten vermag, sondern auch Waffen in den Händen hält, die sie umdrehen kann. Der Wunschtraum der herrschenden Klasse war deshalb eine „Arbeiterpartei“, die noch besser als die Sozialdemokratie imstande war, die Arbeiterschaft mit Hurratriotismus und Chauvinismus zu erfüllen, jede Spur von Klassenkampfdenken und Internationalismus auszurotten und sie so abzurichten, daß ihre Gewehre nur in die von der Bourgeoisie gewünschte Richtung losgingen. In der „Deutschen Arbeiterpartei“, die sich unter Hitlers Führung bald in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ umbenannte, sah die Reichswehrführung Bayerns eine Organisation, mit der vielleicht dieser Wunschtraum Realität werden konnte. Voller Genugtuung berichtete General Ritter von Epp im Dezember 1922 in einer Denkschrift an die Reichswehrführung: „Die unter der Regierung Kahr in den bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen geweckten nationalen Kräfte haben durch die nationalsozialistische Bewegung Hitlers in den Arbeiterkreisen starke Bundesgenossen gefunden.“⁵

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise belebten sich diese Hoffnungen aufs neue; die deutschnationalen Führer um Hugenberg z. B. konzipierten eine Arbeitsteilung, bei der der NSDAP die Aufgabe zufallen sollte, „Sozialisten internationaler Denkungsart zu Sozialisten nationaler Denkungsart umzuerziehen“, während die DNVP selbst die „nationalen, aber zugleich privatwirtschaftlich eingestellten Kräfte sammeln“ wollte. Nach der Absicht der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals sollte die NSDAP also eine Doppelfunktion erfüllen: Mit offenem Terror sollte sie die organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen, gleichzeitig aber den dadurch politisch heimatlos gewordenen Arbeitermassen eine neue politische „Heimat“ bieten, also die Sozialdemokratie als Hauptstütze der bürgerlichen Ordnung in der Arbeiterklasse ablösen. In der bereits zitierten Unternehmer-

⁵ Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München und Wien 1962, S. 46.

korrespondenz „Deutsche Führerbriefe“ wurde diese Absicht ganz unverhohlen ausgesprochen. In den Nummern 72 und 73 vom 16. und 20. September 1932 erschien unter der Überschrift: „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus. (Von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus)“ ein Artikel, als dessen Verfasser sich nach fast 40 Jahren Alfred Sohn-Rethel bekannte.⁶ Für uns ist unwichtig, was Sohn-Rethel heute als seine damaligen Absichten ausgibt. Entscheidend ist, daß in diesem Artikel eine Konzeption der Ablösung der Sozialdemokratie durch die Nazifaschisten entwickelt wurde, hinter die sich die Herausgeber des monopolkapitalistischen Informations- und Selbstverständigungs-Organis vorbehaltlos stellten. Es hieß da: „Die Möglichkeit einer liberalen Sozialverfassung des Monopolkapitalismus ist bedingt durch das Vorhandensein eines automatischen Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft. Ein bürgerliches Regime, dem an einer liberalen Sozialverfassung gelegen ist, muß nicht nur überhaupt parlamentarisch sein, es muß sich auf die Sozialdemokratie stützen und der Sozialdemokratie ausreichende Errungenschaften lassen: Ein bürgerliches Regime, das diese Errungenschaften vernichtet, muß die Sozialdemokratie und den Parlamentarismus opfern, muß sich für die Sozialdemokratie einen Ersatz verschaffen und zu einer gebundenen Sozialverfassung übergehen. Der Prozeß dieses Übergangs . . . durchläuft das akute Gefahrenstadium, daß mit dem Fortfall jener Errungenschaften auch der auf ihnen beruhende Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft zu wirken aufhört, mithin die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät und die bürgerliche Herrschaft sich der Grenze des Notstands einer Militärdiktatur nähert . . . Die Rettung vor diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft . . . auf andere, und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die positiven Möglichkeiten des Nationalsozialismus.“

Zwischen den Vorstellungen der Monopolbourgeoisie und denen der Naziführung über die Aufgaben der NSDAP hinsichtlich der Arbeiterklasse herrschte völlige Übereinstimmung. Hit-

⁶ Alfred Sohn-Rethel, Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus (September 1932). Ein Kommentar nach 38 Jahren, in: Kursbuch 21, Berlin 1970, S. 23 ff.

ler wußte, was man von ihm erwartete, und er versprach, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen. In einer geheimen Ausarbeitung, betitelt: Der Weg zum Wiederaufstieg, gesandt an seinen mächtigen Gönner Emil Kirdorf und bestimmt für die Verbreitung „in Kirdorfs Kreisen“, hatte Adolf Hitler ausgeführt: „Die nationalsozialistische Bewegung erkennt weiter als wesentlichste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe und für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft . . . Sie wünscht, daß diese Millionenmassen unseres Volksgutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates findet.“⁷ Und als Hitler am 19. November 1932 von Hindenburg wegen der Beteiligung der Berliner NSDAP am Streik der Verkehrsarbeiter zur Rede gestellt wurde, erklärte er: „Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland.“⁸

Die Roßtäuscherkniffe der Faschisten verfangen aber bei den Arbeitern nicht. Enttäuscht schrieben die „Deutschen Führerbriefe“ am 27. Juni 1930 über den Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen: „Die Gewinne der Nationalsozialisten werden nicht aus der Sozialdemokratie und den Kommunisten herausgeschnitten, sondern aus den bürgerlichen Parteien. Wer bisher noch meinte, der Nationalsozialismus . . . dezimiere Sozialismus und Kommunismus, muß seine Auffassung berichtigen.“

Dieser Mißerfolg der Faschisten war kein Zufall. Der Faschismus soll und will zwar, kann aber nicht die Rolle der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterbewegung übernehmen. Denn er müßte dann wie die Sozialdemokratie wenigstens die Tagesinteressen der Arbeiter vertreten und die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren zur Erringung möglichst günstiger Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft. Dies ist wegen des antagonistischen Klassengegensatzes zwischen Bour-

⁷ Henry Ashby Turner, Jr., Hitler's Secret Pamphlet for Industrialists, 1927, in: The Journal of Modern History, Vol. 40, No. 3, September 1968, S. 362.

⁸ Kurt Gossweiler, Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“, in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 3/1958, S. 551.

geoisie und Proletariat die unabdingbare Mindestvoraussetzung für Existenz und Funktionstüchtigkeit einer bürgerlichen Arbeiterpartei. Der Faschismus ist aber von Anbeginn an ein Todfeind der Gewerkschaft wie jeder Klassenorganisation des Proletariats. Gerade deshalb erhält er die Unterstützung der scharfmacherischsten Elemente des Monopolkapitals. Seine selbstgewählte Aufgabe besteht vom ersten Anbeginn seiner Existenz an darin, die organisierte Arbeiterschaft durch Terror einzuschüchtern und ihre Bereitschaft zum Kampf gegen das Kapital zu lähmen. Die organisierte Arbeiterschaft erkennt deshalb im Faschismus unvermeidlich ihren Gegner, der sie an Händen und Füßen gebunden dem Kapital ausliefern will, indem er ihre einzige Waffe, ihre Organisationen, bekämpft und zu vernichten droht. Die gesamte Geschichte des Faschismus hat bewiesen: er kann sich zwar das Etikett „sozialistisch“ und „Arbeiterpartei“ aufkleben, aber er kann keine Interessenvertretung der Arbeiter werden, nicht einmal in dem engen Rahmen, wie es die Sozialdemokratie ist. Das Monopolkapital hat den faschistischen Parteien eine unübertretbare Grenze gezogen: Sie haben Existenzberechtigung und Existenzmöglichkeit nur als Vernichtungswaffe gegen die Arbeiterbewegung, nicht als nationalistisch getönte Abteilung der Arbeiterbewegung, die mit Sozialdemokratie und Kommunisten konkurriert.

Die unversöhnliche Feindschaft gegenüber jeglicher Form der proletarischen Klassenorganisation ist daher Wesensmerkmal des Faschismus. Das ist übrigens auch die Erklärung dafür, weshalb die Sozialdemokratie niemals Träger einer faschistischen Diktatur sein kann; denn sie hört auf, Sozialdemokratie zu sein, wenn sie aufhört, die Tagesinteressen der Arbeiterschaft im Rahmen der bürgerlichen Ordnung (und im Interesse der Erhaltung dieser Ordnung!) zu vertreten; daher war die Bezeichnung der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus durch die Kommunisten nicht nur taktisch, sondern auch theoretisch falsch. Es genügt allerdings, an die Untaten eines Noske, an das von Sozialdemokraten verursachte Blutbad am 1. Mai 1929, an das stete „Nein!“ der sozialdemokratischen Führer zur antifaschistischen Einheitsfront, an ihre haßerfüllte Hetze gegen die Sowjetunion und an ihre gleichzeitige Bereitschaft zur Verständigung mit den Nazifaschisten (Leipart!) zu erinnern, um zu verstehen, daß es viele, allzu viele Tatsachen der Politik sozialdemokratischer

Führer gab, die eine solche Bezeichnung provozierten und zu rechtfertigen schienen. Der Hinweis auf die theoretische Unhaltbarkeit des Begriffes „Sozialfaschismus“ ist aber heute um so notwendiger, als von trotzkistischen und anderen „ultralinken“ Elementen die SPD als gefährlichste faschistische Kraft in der Bundesrepublik dargestellt wird, was nur den wirklich faschistischen und profaschistischen Kräften von Nutzen sein kann.

Überall, wo der Faschismus eine Massenbasis gewann, rekrutierte sie sich vor Erlangung der politischen Macht „vor allem aus Sozialgruppen mit mittelständischer Mentalität: aus Kleinrentnern (Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, Bauern) und Gruppen mit Aufstiegsbewußtsein (Angestellten, Beamten), die gleichermaßen entschlossen sind, ihre bedrohte . . . ‚mittelständische‘ Position gegenüber den unteren sozialen Klassen zu verteidigen“.⁹ Diese von Kühnl stammende Kennzeichnung der faschistischen Massenbasis ist im großen und ganzen zutreffend, bedarf jedoch einiger Ergänzungen.

Wäre es so, daß die kleinbürgerlichen Schichten ihre „mittelständische“ Position nur von „den unteren sozialen Klassen“, also dem Proletariat, bedroht glaubten, so wäre ganz unverständlich, weshalb sie nicht bei den bürgerlichen Parteien verblieben, denen sie bisher Gefolgschaft leisteten. Historisch neu ist jedoch die dämmernde Erkenntnis dieser Schichten, daß es gerade das Großkapital ist, das ihre Existenz als Kleinrentner am unmittelbarsten bedroht und in Frage stellt. Erster Weltkrieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise bedeuteten eine wiederholte brutale Enteignung dieser Schichten; doch darüber, daß die Enteierner nicht die Arbeiter, sondern die Kriegs- und Inflationsgewinnler, die Großbanken und Industriemonopole waren, konnte gar kein Zweifel herrschen. Aus diesen Erfahrungen heraus breitete sich in großen Teilen des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums eine antikapitalistische Grundstimmung aus, die es nach einem Ausweg jenseits des Kapitalismus suchen ließ. Sie suchten jedoch nach einem Ausweg, der ihre Existenz retten sollte sowohl vor der wirklichen Gefahr der Enteignung durch das Großkapital als auch vor der vermeintlichen, suggerierten Gefahr der Enteignung durch den Sozialismus. Dieses Stadium des politischen Reifeprozesses der Mittelschichten

⁹ Kühnl, a. a. O., S. 1261.

war also gekennzeichnet durch neue Einsichten unter Beibehaltung zählebiger alter Vorurteile. Angesichts der neuen Einsichten reichten die von den bürgerlichen Parteien bisher angewandten Verführungskünste nicht mehr aus. Die alte Schablone der Verteidigung des guten Kapitalismus, der dem Tüchtigen angeblich freie Bahn gewährt, gegen den bösen Sozialismus, in dem die Faulen auf Kosten der Tüchtigen schmarotzen, zog nicht mehr. Es war Folge und zugleich Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus, daß nach der Arbeiterklasse nun auch die Mittelschichten in vielen Ländern den Kapitalismus als eine überholte, ihren Interessen nicht mehr entsprechende Gesellschaftsordnung wenn nicht voll erkannten, so doch nachdrücklich empfanden und folglich zur Verteidigung des Kapitalismus nur noch gegen ihren Willen und unter antikapitalistischen Losungen formiert werden konnten.

Eine solche Aufgabe konnte jedoch keine der alten bürgerlichen Parteien lösen, sondern nur eine Partei, deren Programm und Propaganda der „antikapitalistischen Sehnsucht“ dieser Schichten glaubhaften Ausdruck verlieh.

Aus dem Bedürfnis des Monopolkapitals nach Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Ausrottung des Sozialismus und Errichtung der eigenen unumschränkten Allmacht entstand der Faschismus. Wegen der Kompromittierung des Kapitalismus bei der Mehrheit der Bevölkerung war der Faschismus gezwungen, sich antikapitalistisch und „revolutionär“ zu gebärden. „Der Faschismus erstrebt die zügelloseste Ausbeutung der Massen, tritt aber mit einer raffinierten antikapitalistischen Demagogie an sie heran, macht sich den tiefen Haß der Werktätigen gegen die räuberische Bourgeoisie, gegen die Banken, die Truste und die Finanzmagnaten zunutze und stellt Losungen auf, die im gegebenen Moment für die politisch unreifen Massen am verlockendsten sind . . . Der Faschismus . . . imponiert diesen Massen durch die Heftigkeit seiner Angriffe gegen die bürgerlichen Regierungen, durch die Unversöhnlichkeit seines Verhaltens gegenüber den alten Parteien der Bourgeoisie . . . Der Faschismus kommt zur Macht als Partei des Angriffs gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats, . . . er gibt aber seinen Machtantritt als eine ‚revolutionäre‘ Bewegung gegen die Bourgeoisie . . . aus.“¹⁰

10 Dimitroff, a. a. O., S. 90 f.

Die hier von Dimitroff aufgezählten Charakteristika im Auftreten des Faschismus sind keineswegs zufällig, gehen nicht primär auf irgendwelche Eigenschaften oder Ideen der faschistischen Häuptlinge zurück, sondern sind geprägt von den Aufgaben, für deren Lösung das Monopolkapital den Faschismus braucht und heranzieht und von der Bewußtseinslage der Schichten, an die der Faschismus appelliert, letzten Endes also von der konkreten Klassenkampfsituation.

Es wäre freilich falsch, aus der Tatsache, daß der Faschismus seine Massenbasis vor allem im Kleinbürgertum findet, zu schließen, die kleinbürgerlichen Mittelschichten seien unheilbar dafür prädestiniert, der faschistischen Demagogie zu verfallen. Ihre Anfälligkeit für die Verführungen des Faschismus wird um so geringer, je reicher ihre politischen Erfahrungen sind und je eindeutiger sich ihnen die Arbeiterbewegung als einheitliche politische Kraft und zuverlässiger Vertreter auch ihrer Interessen beweist. Damit ist jedoch auch gesagt, daß die Überwindung ihrer politischen Rückständigkeit und Verführbarkeit durch faschistische Demagogie dann außerordentlich erschwert und gehemmt wird, wenn die Sozialdemokratie als Regierungspartei die mittelstandsfeindliche Politik des Finanzkapitals durchführt und in der „Opposition“ den Massenkampf gegen diese Politik bremst und sabotiert. Sie leistet damit der faschistischen Hetze gegen den „Marxismus“ als den angeblich Schuldigen am Ruin des Mittelstandes Vorschub. Wenn und indem sie den einheitlichen Kampf der Arbeiterparteien gegen die faschistische Gefahr sabotiert, macht sie sich indirekt zum Wegbereiter des Faschismus. Aber auch das linke Sektierertum leistet Zutreiberdienste für den Faschismus, indem es den Sozialismus und die Sozialisten zum Bürgerschreck macht und die Arbeiterbewegung in den Augen der natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse kompromittiert.

Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß die Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen und eine richtige Bündnispolitik der Arbeiterbewegung die wichtigste Voraussetzung dafür ist, zu verhindern, daß der Faschismus im Kleinbürgertum eine breite Massenbasis findet.

Eine wichtige Frage ist das Problem der Abgrenzung des Faschismus von anderen reaktionären politischen Bewegungen und Herrschaftssystemen. Die Antwort auf diese Frage ist auch un-

ter Marxisten noch umstritten. Es erscheint mir notwendig, bei der Beantwortung dieser Frage zwischen dem Faschismus als politischer Bewegung und dem Faschismus als Herrschaftssystem, also zwischen der um die Macht kämpfenden faschistischen Partei und der faschistischen Diktatur zu unterscheiden.

Faschismus als politische Bewegung

Worin zeigt sich der Unterschied zwischen dem Faschismus als politischer Bewegung und den anderen reaktionären Parteien? Vergleicht man NSDAP und DNVP als die beiden rechten Flügelparteien in der Weimarer Republik, dann wird man zunächst die Gemeinsamkeiten beider hervorheben müssen: Beiden ist der Wille zur Vernichtung der Arbeiterbewegung und zur Beseitigung des parlamentarischen Systems, zur Errichtung einer „nationalen Diktatur“ gemeinsam, die ihre Gegner durch terroristische Gewaltanwendung niederhält, jeden Kampf der Arbeiterklasse um Verbesserung ihrer materiellen und gesellschaftlichen Lage – und natürlich erst recht um die Macht – verhindert, den Monopolherren ihre Stellung als absolute Herrscher in ihren Unternehmungen zurückgibt und mit aller Kraft die Voraussetzungen für die Eröffnung einer zweiten Runde des Kampfes um die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus herbeiführt.

Vom Ziel her herrschte also in den wesentlichsten Punkten Übereinstimmung. Es kann deshalb gesagt werden, daß das faschistische Herrschaftssystem in seinem wesentlichen Kern auch Ziel der DNVP war.

Auch in den Kampfmethoden und in der Ideologie haben beide viel gemeinsam: Beide stützten sich auf militärische Formationen (Stahlhelm, SA), die – abgesehen von ihrer Funktion als Verlängerung des 100 000-Mann-Heeres der Reichswehr – vor allem die Rolle von Bürgerkriegsgarden zur Terrorisierung der Arbeiterschaft und eines gegebenenfalls einzusetzenden Machtinstruments zur Errichtung und Absicherung der „nationalen Diktatur“ spielten. Zur ideologischen Grundausrüstung beider gehörten zügellosester Antikommunismus und Nationalismus, der Kult der Gewalt und die Verherrlichung des Krieges sowie der Antisemitismus. Beide bekämpften die Weimarer Republik mit den gleichen Vorwürfen und Beschimpfungen als „verjudet“

und Republik der „Novemberverbrecher“. Dies alles sind Merkmale, die die enge Verwandtschaft der konservativen Reaktionsäre der DNVP mit der faschistischen NSDAP bezeugen, eine Verwandtschaft, die auch im späteren Zusammengehen von DNVP und NSDAP in der Harzburger Front und bei der Bildung des Kabinetts Hitler-Hugenberg zum Ausdruck kam.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gab es jedoch auch unübersehbare Unterschiede. Im Hinblick auf das Ziel betrafen sie nur untergeordnete Fragen: Die konservativen Deutschnationalen erstrebten die Errichtung der „nationalen Diktatur“ als restaurierte Monarchie, die Nazifaschisten wollten den „Führerstaat“, wobei sie jedoch dessen Verwirklichung im Rahmen einer Monarchie von nur noch ornamentaler Bedeutung nicht grundsätzlich ablehnten. (Als 1934 schließlich die Entscheidung gegen die Restauration der Monarchie ausfiel, war das vielmehr den „Sachzwängen“ als einer klaren Willensentscheidung der Nazi-führer zuzuschreiben.)

Wesentlicher war schon, daß Hugenberg als Führer der DNVP die Führungsrolle in der „nationalen Diktatur“ selbst zu spielen hoffte, was zugleich bedeutet hätte, daß dem ostelbischen Junkertum nicht nur seine in der Weimarer Republik innegehabte Position erhalten geblieben, sondern diese noch erheblich gestärkt worden wäre. Auf die NSDAP dagegen hatten jene Kreise des Monopolkapitals entscheidenden Einfluß, die ihre eigene Machtstellung auch auf Kosten des Junkertums weiter auszubauen gedachten und in der Tat auch ausbauten.

Die augenfälligsten Unterschiede zwischen DNVP und NSDAP zeigten sich jedoch in ihren Methoden des Kampfes gegen die Weimarer Republik und um die Errichtung der Diktatur.

Die DNVP suchte ihren Massenanhang vorwiegend im protestantischen, konservativ-staatstreuen Bürgertum; sie betrieb eine Propaganda, die den von der Gegenwart Enttäuschten und mit ihr Unzufriedenen nur die Rückkehr zur „guten alten Zeit“ des Kaiserreichs anbot und jede Anpassung an die „antikapitalistische Sehnsucht“ breiter Massen ängstlich vermied, aus Furcht, die Geister, die sie damit rufen würde, nicht mehr loszuwerden. Ihr war deshalb auch die skrupellose soziale Demagogie der Nazis nie ganz geheuer. Was sie von den Nazifaschisten unterschied, war also ihr starres Festhalten an konservativen Leit-

bildern in einer Zeit und unter Bedingungen, da die äußerste Reaktion eine Massenbasis nur noch gewinnen konnte, wenn sie sich radikal und extrem revolutionär gebärdete und sich als Bringer einer ganz neuen, gerechteren Weltordnung vorstellte.

Das Neue, wodurch sich der Faschismus von den konservativen Reaktionären unterschied, bestand also vor allem darin, daß er sich an jene Schichten wandte, die dem Einfluß der alten bürgerlichen Parteien entglitten und in ihrem Glauben an die bürgerliche Ordnung als beste aller Welten erschüttert waren; er verband dementsprechend die alte nationale Demagogie mit skrupelloser sozialer, pseudosozialistischer Demagogie. Die Verbindung von sozialrevolutionärer Maskerade mit brutalster Gewalttätigkeit vor allem gegenüber der organisierten Arbeiterschaft macht die Spezifik des Auftretens der faschistischen Parteien im Vergleich zu ihren konservativ-reaktionären Spießgesellen und Wettbewerbern aus. Letztere können zwar ihrer Zielsetzung nach kaum von den Faschisten unterschieden werden, doch fehlen ihrer Kampfmethodik um dieses Ziel gerade jene Elemente, die erst der Faschismus dem Arsenal des Klassenkampfes der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Demokratie hinzugefügt hat. Man könnte deshalb die konservativ-reaktionäre Richtung und ihre Organisationen — wie etwa die Alldeutschen, wie Deutschnationalen und die Stahlhelmer — als „halbfaschistisch“ bezeichnen. Ihre enorme Bedeutung für das Aufkommen des Faschismus besteht in erster Linie darin, daß sie — und damit natürlich die hinter ihnen stehenden Kreise der herrschenden Klasse — dessen Stammvater, Nährmutter und eifrigste Förderer sind, ohne deren materiellen, organisatorischen und ideellen Beistand er über das Stadium des Sektendaseins nicht hinauskommen würde. Das läßt sich sowohl am italienischen wie am deutschen Faschismus (besonders am Verhältnis der Alldeutschen und der DNVP zur NSDAP) nachweisen.

Faschismus als Herrschaftssystem

Läßt sich der Faschismus als politische Bewegung auf Grund der genannten Besonderheiten noch relativ sicher von den anderen reaktionären Parteien und Richtungen unterscheiden, so wird das für den Faschismus als Herrschaftssystem schon sehr viel

schwieriger. Zwischen Parlamentarismus und eindeutiger faschistischer Diktatur liegen zahlreiche Varianten schon nicht mehr parlamentarischer Regimes, deren Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zum Typus faschistischer Staaten umstritten und schwer zu entscheiden ist. Wer, wie Kühnl, den Faschismus als eine selbständige, unabhängig vom Monopolkapital entstehende und heranwachsende Massenbewegung betrachtet, mit der die „Führungsgruppen in Wirtschaft, Militär und Bürokratie“ in der faschistischen Diktatur als mit einer gleichberechtigten und gleichrangigen Kraft ein Bündnis eingegangen sind, der wird logischerweise die Existenz dieser Massenbewegung und ihre vermeintliche Eigenständigkeit gegenüber den „Oberschichten“ als wesentliches Merkmal der faschistischen Diktatur betrachten und deshalb konsequenterweise nur Mussolini-Italien und Deutschland ab 1933 bis 1945 als faschistische Diktatur gelten lassen.¹¹

Abgesehen davon, daß eine solche Auffassung das Verhältnis zwischen Monopolkapital und faschistischer Bewegung falsch deutet und in die Nähe der bürgerlichen Exkulpations-„Theorien“ gerät, die die Politik des deutschen Imperialismus zwischen 1933 und 1945 als Politik ausschließlich der „verselbständigten“ und allmächtigen Naziführung ausgeben, folgt aus ihr, daß eine akute Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur nur dort besteht, wo es eine starke faschistische Massenbewegung gibt. Sie orientiert folglich einseitig auf den Kampf gegen die faschistischen Gruppen und Parteien, statt vorrangig auf den Kampf gegen den Herd aller faschistischen Bestrebungen, die reaktionären Kreise des Finanzkapitals. Und sie läßt zudem völlig außer acht, daß, je geringer die Aussichten für die Gewinnung einer eigenen faschistischen Massenbasis sind, desto größer die Gefahr wird, daß die imperialistischen Bündnisysteme unter Führung der USA jenen Völkern ein faschistisches Regime aufzwingen, die sich anschicken, den Weg einer antiimperialistischen Revolution zu beschreiten.

Wer hingegen in der faschistischen Massenbewegung nur ein Mittel unter anderen sieht, dessen sich das Monopolkapital bedient, um zum Ziel seiner offenen, terroristischen Diktatur zu

¹¹ Kühnl, a. a. O., S. 1264.

gelangen, der wird als entscheidendes Merkmal der faschistischen Diktatur eben den offenen Terrorismus der Herrschaftsausübung der Monopolbourgeoisie betrachten und von einer faschistischen Diktatur überall dort sprechen, wo eine solche Herrschaft errichtet wurde, auch wenn sie nicht mit Hilfe einer faschistischen Massenbewegung, sondern auf anderem Wege, z. B. durch einen Militärputsch (Griechenland), mit Hilfe des hohen Klerus (Klerikalfaschismus in Österreich 1933 bis 1938), durch die konservativ-reaktionären, halbfaschistischen Kreise (Monarchofaschismus, wie er im Kapp-Putsch 1920 versucht wurde) oder mit äußerer Unterstützung („importierter Faschismus“ in Franco-Spanien, Griechenland, lateinamerikanische Staaten) installiert wurde. Die entscheidenden Merkmale einer faschistischen Diktatur sind dann in folgendem zu sehen: Zerschlagung der legalen Organisationen der Arbeiterklasse, vor allem der kommunistischen und der Gewerkschaftsorganisationen; terroristische Verfolgung aller Versuche ihrer illegalen Fortführung; Isolierung oder physische Vernichtung der führenden Kader der Arbeiterbewegung und möglichst aller aktiven Antifaschisten; Beseitigung des Parlamentarismus und gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition; Errichtung eines Regimes der Gewalt und Willkür des Staates gegenüber den Bürgern und eines der Unternehmer und Großgrundbesitzer gegenüber den Lohnabhängigen und der werktätigen Landbevölkerung;

dies alles im Interesse und zur Durchsetzung der innen- und außenpolitischen Ziele der führenden Kreise des Finanzkapitals (einschließlich des Großgrundbesitzes). Eine solche Auffassung von der faschistischen Diktatur geht davon aus, daß diese wie jede gesellschaftliche Erscheinung in einer Vielzahl von Spielarten auftreten kann. Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale formulierte Dimitroff diesen Gedanken wie folgt: „Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. In gewissen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich nicht sofort, das

Bestellkarte

Ich/Wir bestellen hiermit ab
die Wochenzeitung „die tat“

die
tat

(Bestelldatum eintragen)

Parlament zu liquidieren, und beläßt den anderen bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität.“¹² Das traf z. B. für Italien bis 1926 zu. Dimitroff schloß auch die Möglichkeit nicht aus, „daß der Faschismus in dem Augenblick einer besonderen Verschärfung seiner Lage Versuche macht, seine Basis zu erweitern und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Verfälschung des Parlamentarismus zu vereinigen“.¹³

Auf dem Wege zum Faschismus

Eine derartige Auffassung bedeutet natürlich nicht, daß damit jedes Regime, das keinen voll intakten bürgerlichen Parlamentarismus mehr darstellt, bereits unter die faschistischen Diktaturen einzureihen wäre. Dimitroff verallgemeinerte die Erfahrungen vor allem mit dem deutschen Faschismus, als er auf dem VII. Weltkongreß ausführte, „daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern“.¹⁴ Den deutschen Kommunisten unterlief bekanntlich zeitweilig der Irrtum, bereits die vorfaschistischen Regierungen Brünings und Papens als faschistische Diktaturen anzusehen. Es ist hier nicht der Platz, auf die Ursachen dieser Fehleinschätzung einzugehen. Es sei nur auf die Kompliziertheit der richtigen Beantwortung der Frage hingewiesen, an welchem Punkt die Vorbereitungsphase einer faschistischen Diktatur aufhört und die eigentliche faschistische Diktatur beginnt. Welches Kriterium oder welche Kriterien sind dafür ausschlaggebend? Es läge nahe, die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei, als ein solches Kriterium zu betrachten. Der Hinweis auf das KPD-Verbot im Jahre 1923 in der Weimarer Republik und im Jahre 1956 in der Bundesrepublik zeigt jedoch schon, daß dieses Kriterium für sich allein genommen nicht ausreicht. Als weiteres Kriterium bietet sich die Ausschaltung des Parlaments und das Verbot der nichtfaschistischen bürgerlichen Parteien an.

¹² Dimitroff, a. a. O., S. 88.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda, S. 89.

Aber an diesem Kriterium gemessen wäre die faschistische Diktatur in Italien erst 1926 und in Deutschland erst im März oder gar erst im Juni 1933 errichtet worden. Ein solches Herangehen übersieht, daß die faschistischen Diktaturen eine Entwicklung durchlaufen; sie haben ihre Anfangsphase, ihre „Blütezeit“ und ihre Endphase, die Phase ihrer Zersetzung. Deshalb kann es nicht zweifelhaft sein, daß die faschistische Diktatur in Italien mit der Übertragung der Macht an die Mussolinipartei am 29. Oktober 1922 und in Deutschland mit dem 30. Januar 1933 begann.

Als Beginn einer faschistischen Diktatur muß man also die Übergabe der Macht an bzw. die Übernahme der Macht durch die jeweils reaktionärsten politischen Kräfte ansehen, die sich die Errichtung der schrankenlosen Gewaltherrschaft zur Sicherung der Interessen des inländischen, unter Umständen auch des ausländischen Monopolkapitals zum Ziele setzen. Das müssen nicht unbedingt faschistische Parteien, sondern können auch Militärs oder Führer konservativ reaktionärer Parteien oder auch Vertreter des hohen Klerus sein. Die Auffassung — die auch von Kühnl vertreten wird —, eine Gewaltherrschaft, die sich auf die Armee stützt und an deren Spitze ein Militär oder eine Militärjunta steht, müsse in jedem Falle als Militärdiktatur von einer faschistischen Diktatur abgegrenzt werden, orientiert sich an äußerlichen Formen, statt am Herrschaftsinhalt und läßt überdies außer acht, daß es Militärdiktaturen ganz unterschiedlichen Gehaltes gibt; die Variationsbreite reicht von der Militärdiktatur des Generals Seeckt im Jahre 1923/24, die das parlamentarische System nur zeitweilig und partiell suspendierte, bis zu Militärdiktaturen faschistischen Typs, wie jene der Obristen in Griechenland. Für die Arbeiterklasse und alle Demokraten macht es jedenfalls keinen wesentlichen Unterschied, ob ihre Schinder, KZ-Wächter und Henker Mitglieder einer faschistischen Partei oder Polizeibeamte und Armeeingehörige sind. Im übrigen kann auch der Grad des Terrorismus nur bedingt und in bestimmten Grenzen als Kriterium einer faschistischen Diktatur dienen. Es wäre z. B. ein großer Fehler, den deutschen Faschismus, die — wie Dimitroff formulierte — reaktionärste Spielart des Faschismus¹⁵, mit seinen Vernichtungslagern als

15 Ebenda, S. 87.

Norm zu betrachten und alles, was an mörderischer Bestialität unterhalb dieser Norm bleibt, als nichtfaschistisch anzusehen. Der Faschismus *kann* um so grausamer und terroristischer sein, je stärker seine Basis im Innern ist und je mehr er „die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des . . . Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion“¹⁶ spielt. Er *muß* um so terroristischer auftreten, je stärker die Kommunistische Partei in der Arbeiterklasse verankert ist und je größer die Diskrepanz zwischen den expansionistischen Zielen des faschistischen Imperialismus und seinen materiellen Möglichkeiten ist und sich geltend macht.

Der Faschismus ist also gezwungen, sich der jeweiligen inneren und internationalen Situation in seinem Auftreten und in seiner Ideologie anzupassen. Deshalb kann nicht erwartet werden, daß in der Welt von heute, in der sich das Kräfteverhältnis so stark zuungunsten des Imperialismus verändert und die Anziehungskraft des Sozialismus auch auf die Mittelschichten gewaltig zugenommen hat, der Faschismus in der Gestalt und in den Formen und mit genau den gleichen Parolen auftritt wie in den zwanziger und dreißiger Jahren. Sehr beachtenswert und aktuell erscheint in dieser Hinsicht, was Dimitroff 1935 über den amerikanischen Faschismus ausführte: „Dabei besteht die Eigenart der Entwicklung des amerikanischen Faschismus darin, daß er im jetzigen Stadium vorwiegend in der Form der Opposition gegen den Faschismus als eine ‚nichtamerikanische‘, aus dem Ausland importierte Strömung auftritt. Zum Unterschied vom deutschen Faschismus, der mit verfassungsfeindlichen Losungen auftrat, versucht der amerikanische Faschismus, sich als Kämpfer für die Verfassung und die ‚amerikanische Demokratie‘ aufzuspielen.“¹⁷ In der Bundesrepublik finden wir bei dem Altfaschisten Otto Strasser sogar Ansätze dazu, einem neuen Faschismus unter der Flagge des Antifaschismus den Boden zu bereiten.

Für den Kampf gegen den Faschismus erscheint mir in der jetzigen Phase die Erkenntnis entscheidend zu sein, daß jede faschistische Gefahr ihren Ursprung in der Herrschaft des Monopol-

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda, S. 121.

kapitals hat, daß daher die sicherste Vorbeugung gegen jede faschistische Gefahr die Zurückdrängung der Macht der Monopolbourgeoisie darstellt. Darüber hinaus haben die Ausführungen Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß nichts von ihrer Aktualität eingebüßt: „Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht instande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr.“¹⁸ Man darf die notwendige Entfaltung des Massenkampfes nicht „durch unfruchtbares Rasonieren über den Charakter des Faschismus im allgemeinen“ ersetzen.

„Die Verhinderung des Sieges des Faschismus hängt vor allem von der Kampfaktivität der Arbeiterklasse selbst ab, vom Zusammenschluß ihrer Kräfte zu einer einheitlichen, gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus kämpfenden Armee. Das Proletariat, das seine Kampfeinheit hergestellt hat, würde den Einfluß des Faschismus auf die Bauernschaft, auf das städtische Kleinbürgertum, auf die Jugend und die Intellektuellen paralisieren, würde den einen Teil neutralisieren und den anderen auf seine Seite bringen.

Zweitens hängt das vom Vorhandensein einer starken revolutionären Partei ab, die den Kampf der Werktätigen gegen den Faschismus richtig leitet. Eine Partei, die systematisch die Arbeiter zum Rückzug vor dem Faschismus ruft und der faschistischen Bourgeoisie erlaubt, ihre Stellungen zu stärken — eine solche Partei führt unvermeidlich die Arbeiter der Niederlage entgegen.

Drittens hängt das von der richtigen Politik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft und den städtischen kleinbürgerlichen Massen ab. Diese Massen muß man so nehmen, wie sie sind, und nicht so, wie wir sie uns wünschen. Ihre Zweifel und Schwankungen werden sie einzig und allein im Laufe des Kampfes überwinden. Nur wenn man ihren unvermeidlichen Schwankungen gegenüber Geduld an den Tag legt und wenn das Proletariat sie politisch unterstützt, werden sie sich auf eine höhere Stufe des revolutionären Bewußtseins und der Aktivität emporschwingen.

¹⁸ Ebenda, S. 102 ff.

V i e r t e n s hängt das von der Wachsamkeit und den rechtzeitigen Aktionen des revolutionären Proletariats ab. Man darf sich vom Faschismus nicht überrumpeln lassen. Man darf ihm nicht die Initiative überlassen. Man muß ihm, bevor er noch seine Kräfte sammeln kann, entscheidende Schläge versetzen. Man darf es nicht zulassen, daß er seine Stellung stärkt. Man muß ihm auf Schritt und Tritt, wo er sich zeigt, Widerstand leisten. Man darf es nicht zulassen, daß er neue Stellungen erobert, so wie es das französische Proletariat mit Erfolg zu tun versucht. Das sind die wichtigsten Voraussetzungen, um das Anwachsen des Faschismus und seinen Machtantritt zu verhindern.“¹⁹

Anmerkung:

Erst nach Abschluß dieser Überarbeitung meines Referates konnte ich Kühnls neueste Veröffentlichung „Formen bürgerlicher Herrschaft“, Hamburg 1971, einsehen. In dieser neuen Arbeit sind viele der hier kritisch vermerkten Schwächen seines „Versuchs einer Begriffsbestimmung“ aus dem Jahre 1968 überwunden. Kühnl hat offensichtlich sein Marxismus-Verständnis durch das Studium der Werke Lenins und von Arbeiten marxistischer Autoren weiter vertieft. In den „Formen bürgerlicher Herrschaft“ wird der Zusammenhang von Imperialismus, allgemeiner Krise des Kapitalismus und Faschismus, der 1968 noch unerwähnt blieb, herausgearbeitet. Kühnl stellt jetzt auch die Haltung des Kleinbürgertums nicht mehr einseitig nur als Abwehr gegen „unten“, sondern auch als Suche nach Befreiung vom Druck der Monopole dar. Nach wie vor erscheint mir jedoch seine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Faschismus und Monopolbourgeoisie als eine Überschätzung des Grades der Selbständigkeit des Faschismus gegenüber der herrschenden Klasse.

¹⁹ Ebenda.

Reinhard Kühnl

Kapitalismus und Faschismus

Thesen zu Kurt Gossweilers „Material zur Faschismus-Diskussion“

1. Wie Gossweiler in seiner Anmerkung selbst feststellt, bezieht sich seine Kritik an meiner Faschismusinterpretation auf den Diskussionsstand des Jahres 1968. Der damals in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ publizierte „Versuch einer Begriffsbestimmung“ wurde mittlerweile intensiv diskutiert. Die Kritik habe ich in meinem letzten Buch verarbeitet (vgl. „Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus und Faschismus“, rororo aktuell 1971): durch präzisere und detailliertere Formulierung, durch Verarbeitung neuer empirischer Forschungen und durch Modifizierung einiger Thesen, die sich als problematisch erwiesen hatten.

Im folgenden befaße ich mich mit der Kritik Gossweilers deshalb nur insoweit, als sie auch auf dieses Buch zutrifft. Zur Diskussion steht also hauptsächlich das „Verhältnis zwischen Faschismus und Monopolbourgeoisie“. Gossweilers weitere Behauptung, die Haltung des Kleinbürgertums sei 1968 anders interpretiert worden als 1971, ist unrichtig. Schon damals wurde klar gestellt, daß „die kleinbürgerlichen Massen bei aller Furcht vor sozialistischen Bestrebungen sich auch vom großen Kapital bedroht fühlten . . .“ (S. 1262). Wenn Gossweiler dennoch behauptet, „die Haltung des Kleinbürgertums“ sei „einseitig nur als Abwehr gegen ‚unten‘“ dargestellt worden, so liegt die Vermutung nahe, daß er nur die Kurzfassung meiner Thesen am Anfang des Aufsatzes, nicht aber den ganzen Aufsatz gelesen hat. (Diese Vermutung wird durch eine Reihe anderer Symptome gestützt.) Gerade die These von der doppelten Frontstellung des Kleinbürgertums gegen Arbeiterklasse und Großkapital nimmt eine zentrale Stellung in meiner Interpretation ein;

über die daraus resultierenden antimonopolistischen Tendenzen in der NSDAP habe ich bereits 1966 ein Buch geschrieben. (Vgl. Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966.)

2. Vorab muß betont werden, daß zwischen meiner Faschismusinterpretation und der von Gossweiler ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht. Diese Übereinstimmung betrifft zunächst den sozialen Inhalt des faschistischen Systems: Es ging darum, die soziale Herrschaft des Kapitals zu sichern, die Arbeiterbewegung zu vernichten und das imperialistische Programm in Angriff zu nehmen. Davon zu unterscheiden ist die soziale Basis der faschistischen Massenbewegung: diese rekrutierte sich zum großen Teil aus dem Kleinbürgertum. Mit Hilfe dieser Bewegung gelang es, die Wendung der Massen nach links zu verhindern, die faschistische Diktatur zu errichten, die Arbeiterbewegung terroristisch zu unterdrücken und dem kapitalistischen System eine neue Massenbasis zu schaffen, nachdem die bürgerlichen Parteien zusammengebrochen waren.

In diesen Grundfragen besteht also Einigkeit. Die Differenzen beginnen dort, wo es darum geht, die Ursachen für den Erfolg der faschistischen Bewegung und die Herrschaftsstruktur des faschistischen Systems genauer zu bestimmen. Bei beiden Problemen liegt die Frage zu Grunde, in welchem Verhältnis der Faschismus zum großen Kapital und seinen wichtigsten Repräsentanten steht. Und schließlich gibt es unterschiedliche Auffassungen in der Frage, was das Spezifische des Faschismus ausmacht und wodurch dieser sich von anderen reaktionären Kräften unterscheidet.

3. Zunächst zur Frage der Aufstiegsbedingungen des Faschismus. Hier nimmt Gossweiler eine direkte kausale Verbindung zwischen dem Verhalten der herrschenden Klasse und dem Erfolg des Faschismus an: Die konservativ-reaktionären Kräfte — „und damit natürlich die hinter ihnen stehenden Kreise der herrschenden Klasse“ — seien „Stammvater, Nährmutter und eifrigste Förderer“ des Faschismus, „ohne deren materiellen, organisatorischen und ideellen Beistand er über das Stadium des Sektendaseins nicht hinauskommen würde“. In dem von Gossweiler u. a. verfaßten Buch „Deutschland von 1933 bis 1939“ heißt es, die NSDAP sei von „einer kleinen Gruppe von Mono-

polisten, großen und mittleren Bourgeois aufgepäppelt und hochgebracht" worden (S. 13).

Die in der Tat bestehende Kausalbeziehung zwischen Kapitalismus und Faschismus wird hier allzu direkt und personalistisch-voluntaristisch aufgefaßt, so daß die Nähe zu Verschwörungstheorien nicht zu übersehen ist. Tatsächlich muß diese Beziehung stärker als eine *vermittelte* und *strukturelle* gesehen werden: Nicht die direkte Unterstützung des Großkapitals bewirkte den Aufstieg des Faschismus, sondern die im kapitalistischen System begründete Wirtschaftskrise trieb die verängstigten Massen, vorab die proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten Mittelschichten, zum Faschismus, der ihnen soziale Sicherheit und nationales Prestige versprach. Erst als sich der Faschismus zur Massenbewegung formiert hatte, setzte die Unterstützung des Großkapitals in größerem Umfang ein, die dann freilich die Propagandamöglichkeiten des Faschismus weiter verstärkte und seinen Aufstieg beschleunigte. Daß der Faschismus überhaupt so viele Anhänger gewinnen konnte, liegt darin begründet, daß der Kapitalismus permanent autoritäre und irrationale Denk- und Verhaltensformen produziert und also die Massen ideologisch auf den Faschismus schon vorbereitet hatte.

Hier liegt ein weiteres Problem, das von Gossweiler und der DDR-Wissenschaft bisher nicht befriedigend gelöst wurde: Will man eine Erklärung dafür finden, daß die kleinbürgerlichen Massen (und ein — allerdings kleiner — Teil der Arbeiterklasse) nicht den Arbeiterparteien gefolgt sind, sondern sich vom Faschismus derart irreführen und gegen ihre elementaren Interessen einsetzen ließen, so reicht der Hinweis auf das Faktum der Irreführung und der faschistischen Demagogie nicht aus. Erforderlich wäre vielmehr eine Analyse der Frage, wie die psychischen Mechanismen verlaufen, die diese Manipulation ermöglichen. Erst von hier aus wäre dann eine wirksame Gegenstrategie möglich, die auf diese psychischen Dispositionen, d. h. auf die Differenz zwischen gesellschaftlicher Lage und Bewußtsein Rücksicht nimmt. Auch wenn man die Erklärungsversuche von Wilhelm Reich, Erich Fromm und anderen Sozialpsychologen, die die Resultate der Psychoanalyse für den Marxismus nutzbar zu machen versuchten, für unzureichend hält, muß man doch betonen, daß sie das Problem erkennen und Ansätze zu einer Lö-

sung entwickeln, die in der Tat ohne die Kategorien einer materialistischen Sozialpsychologie unmöglich ist.

4. Daß ein faschistisches System nur errichtet werden kann, wenn die maßgeblichen Fraktionen der herrschenden Klasse dies wünschen und betreiben, ist unbestritten. Wie aber ist nach der Errichtung des faschistischen Systems das Verhältnis zwischen dem großen Kapital und der faschistischen Partei zu bestimmen? Nach Gossweiler geht es dabei nur noch um den „Grad der Selbständigkeit des Faschismus gegenüber der herrschenden Klasse“. Daß der faschistischen Staatsführung ein „Spielraum für eigene Initiative“, ein „eigener Kompetenzbereich“, ein „weiter Spielraum für aktives Handeln aus eigener Initiative“ innerhalb des Gesamtinteresses der herrschenden Klasse zukommt, wird ausdrücklich klargestellt. Ich will mit Gossweiler nicht darüber streiten, ob das, wie er behauptet, von der DDR-Wissenschaft immer so gesehen worden ist. (Es gibt genug Belege dafür, daß die faschistische Exekutive oft als bloßes Vollzugsorgan des Finanzkapitals dargestellt worden ist.) In der Tat ist nur diese Theorie von der partiellen Selbständigkeit der politischen Gewalt (wie auch anderer Phänomene des Überbaus) mit den Prinzipien dialektischer Gesellschaftswissenschaft vereinbar. Wer die politische Gewalt, das Recht, die Ideologie als total und unmittelbar bestimmt von der jeweils herrschenden Klasse ansieht, verfällt einem monokausalen Ökonomismus, der mit Marxismus nicht viel gemein hat.

Was nun den „Grad der Selbständigkeit“ der faschistischen Staatsführung betrifft, so habe ich so lange keinen Anlaß, von meiner Interpretation abzugehen, als die von mir genannten Beispiele nicht widerlegt sind. Z. B. ist es nach meiner Ansicht unmöglich, den millionenfachen Mord an den europäischen Juden irgendwie aus der Interessenlage der herrschenden Klasse abzuleiten. Hier zeigt sich die Verselbständigung des faschistischen Irrationalismus am deutlichsten (wobei unbestritten bleibt, daß solche Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus vom Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium hervorgebracht werden und als Manipulationsinstrumente normalerweise auch im Interesse der herrschenden Klasse funktionieren). Es ist kein Zufall, daß bei der Behandlung dieser Frage die Argumentation Gossweilers diffus und unbestimmt bleibt.

5. Die Frage nach Aufstiegsbedingungen und Machtstruktur des Faschismus ist nach historisch-empirischen Kriterien zu entscheiden. Die Frage nach der politischen Funktion einer wissenschaftlichen Theorie muß zunächst getrennt gestellt werden. Es ist unzulässig, die empirisch-historische Frage mit taktisch-politischen und moralischen Erwägungen zu vermengen. Der Vorwurf Gossweilers, meine Theorie von einem Bündnis zwischen faschistischer Partei und Großkapital nähere sich bürgerlichen Theorien von der Alleinschuld der Faschisten und der Unschuld des Kapitals, ist schon deshalb deplaciert. Außerdem ist er in sich unlogisch, da meine Interpretation ja gerade besagt, daß beide Bündnispartner in gleichem Maße verantwortlich sind. Eher könnte man schon den Vertretern der Dimitrofftheorie vorwerfen, daß sie die faschistische Staatsführung freisprechen, da sie diese nur als geschäftsführendes Organ des Finanzkapitals auffassen. Aber — wie gesagt — solche politisch-moralischen Disqualifikationen sollten in dieser Kontroverse unterbleiben.

6. In der Frage nach den spezifischen Merkmalen des Faschismus und der Abgrenzung gegenüber anderen reaktionären Kräften ist die Position Gossweilers widersprüchlich. Einerseits stellt er — mit Recht — fest, daß das qualitativ Neue des Faschismus gerade darin liegt, daß er für reaktionäre Ziele Massen mobilisiert, indem er in die herkömmlichen reaktionären Ideologien antikapitalistische Elemente mischt. Andererseits plädiert er dafür, jedes System als faschistisch zu bezeichnen, das „offenen Terrorismus der Herrschaftsausübung der Monopolbourgeoisie“ aufweist, auch wenn es sich nur auf Polizei und Militär und nicht auf eine Massenbewegung stützt. Damit gibt er das Kriterium, mit dem Faschismus von anderen reaktionären terroristischen Diktaturen in der Periode des entwickelten Kapitalismus unterschieden werden kann, wieder preis. Das ist nicht nur aus wissenschaftlichen Gründen bedauerlich — weil der Faschismusbegriff damit an Präzision verliert —, sondern auch aus politischen: die Gefahr wie die Existenz reaktionär-terroristischer Militärdiktaturen muß mit anderen Strategien bekämpft werden als die Gefahr und die Existenz faschistischer Diktaturen, denn die Herrschaftstechniken dieser Systeme unterscheiden sich beträchtlich. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob sich ein System nur auf den Exekutivapparat stützen kann oder ob es über Massenorganisationen verfügt, die die gesamte Gesellschaft organi-

satorisch erfassen und ideologisch durchdringen und so nicht nur eine permanente Kontrolle der Massen, sondern auch eine breite Akklamation durch die Massen bewirken. Das Argument, für Demokraten und Sozialisten mache es keinen wesentlichen Unterschied, ob ihre Schinder Mitglieder einer faschistischen Partei oder Polizeibeamte seien, ist unter dem theoretischen Niveau, auf dem diese Diskussion zu führen ist. Die Opfer der Freikorps 1919 in Deutschland oder der französischen Exekutivorgane 1871 wurden nicht minder grausam behandelt; soll man das alles deshalb Faschismus nennen?

7. Gossweilers Aufsatz — wie die Faschismusinterpretation in der DDR-Wissenschaft generell — hat sich so gut wie ausschließlich auf den deutschen Faschismus konzentriert. Das ist verständlich angesichts der vielfältigen idealistischen und personalistischen Verschleierungsideologien, die von der Geschichtswissenschaft der BRD gerade über die deutsche Vergangenheit eronnen wurden und dringend einer materialistischen Korrektur bedurften. Es führte aber auch zu gewissen Fehleinschätzungen des bürgerlichen Staates, die nur dadurch zu vermeiden sind, daß die entwickelte kapitalistische Gesellschaft in all ihren Versionen untersucht und nach ihren faschistischen Tendenzen befragt wird. Dann stellt sich nämlich heraus, daß Deutschland in mancherlei Hinsicht Sonderbedingungen aufweist. Es war kein Zufall, daß der Faschismus nur in Deutschland und Italien gesiegt hat, während in den übrigen entwickelten kapitalistischen Staaten der bürgerliche Verfassungsstaat erhalten blieb. Auch wenn man die bürgerlich-demokratische Regierungsform nicht als „Normalform“ im Monopolkapitalismus bezeichnen will, so kann man doch im Ganzen gesehen sagen, daß nach aller Erfahrung auch die herrschende Klasse normalerweise lieber mit Hilfe des Verfassungsstaates regiert — bei möglichst starker Stellung der Exekutive und möglichst geringer Effektivität demokratischer Willensbildung und Kontrolle — und zur faschistischen Diktatur nur Zuflucht nimmt, wenn sie ihre grundlegenden Interessen anders nicht mehr wahren zu können glaubt (eben weil der faschistische Irrationalismus auch für sie Risiken enthält).

8. Vollständig einig bin ich mit Gossweiler in der Frage des Kampfes gegen autoritäre und neofaschistische Tendenzen in

der Gegenwart. Hier kommt es darauf an, alle Kräfte zu mobilisieren, die am Faschismus nicht interessiert sind, und allen Kräften entgegenzutreten, die die demokratischen Rechte weiter einschränken wollen und militaristische, antidemokratische und antikommunistische Ideologien verbreiten. Endgültig kann die Gefahr des Faschismus ohne Zweifel erst dann gebannt werden, wenn der Boden, der faschistische Tendenzen immer aufs neue erzeugt, nicht mehr besteht, wenn also der Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie ersetzt ist.

Reinhard Opitz*)

Wie bekämpft man den Faschismus?

Thesen über antifaschistische Politik

Antifaschistische Politik darf ihre zentrale Aufgabe nicht erst in der Bekämpfung eines bereits etablierten Faschismus sehen, sondern muß sich zum Ziel setzen, die Etablierung des Faschismus zu verhindern. Da der Faschismus nicht über Nacht aus dem Nichts kommt, bedeutet Verhinderung des Faschismus hier und heute die Bekämpfung und Blockierung jedweder Entwicklungen zum Faschismus.

Die Beantwortung der Frage: Wie bekämpft man den Faschismus am wirksamsten?, erfordert möglichst umfangreiche und abgesicherte Erkenntnisse über Entstehung und Wesen des Faschismus. Man muß die Gefahr erkannt haben, um sie wirksam bekämpfen zu können. Deshalb ist es notwendig, hier noch einmal — zusammengefaßt — die wichtigsten Erkenntnisse über die Faschismuserstehung zu referieren.

I. Wesen des Faschismus

Wesensmerkmale des Faschismus sind — in der zusammenfassenden und nach wie vor gültigen Definition Dimitroffs — „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

Faschismus bedeutet Ablösung der bürgerlich-formaldemokratischen Staatsform durch ein Gewalt- und Willkürregime zur terroristischen Durchsetzung der innen- und außenpolitischen

*) Aufgrund des gleichnamigen Referats von Reinhard Opitz auf einer Tagung der Arbeitskreise Junger Antifaschisten zusammengestellt von P. C. Walther.

Interessen und Ziele der führenden Kreise des Monopolkapitals; bedeutet insbesondere die Unterdrückung und Zerschlagung jeglicher Opposition, vor allem der Arbeiterbewegung, bis hin zur physischen Vernichtung ihrer Kader.

Faschismus als etabliertes Herrschaftssystem — so wurde in den „Thesen über den Faschismusbegriff“ zusammengefaßt¹ — ist eine — und zwar die gewalttätigste — Form der politischen Herrschaft des Monopolkapitals, die dann aktuell wird, wenn die bisherigen Herrschaftsmechanismen für das Monopolkapital versagen oder zu versagen drohen.

Faschismus als Instrument zur terroristischen Durchsetzung der innen- und außenpolitischen Ziele des Monopolkapitals bedeutet, daß die faschistische Herrschaftsform hauptsächlich *nicht* (bzw. *nicht nur*) eine *Re-aktion* auf das Versagen bisheriger Herrschaftsformen, *sondern primär eine Aktion* des Monopolkapitals ist. Mit dem Faschismus setzt das Monopolkapital seine Interessen und Ziele am „reinsten“ durch, während es bei formaldemokratisch verfaßten Herrschaftsformen ständig unter dem Druck steht, Zugeständnisse und Abstriche machen zu müssen.

II. Hauptformen des Faschismus

Im allgemeinen haben wir es mit zwei Haupterscheinungsformen des Faschismus zu tun: Erstens mit dem auf eine politische Massenbewegung gestützten Faschismus, der seine Diktatur mittels einer faschistischen Bewegung errichtet, und zweitens mit dem sich auf einen Militärapparat stützenden Faschismus, der sich der Armee oder Polizei des eigenen Landes (oder einer verbündeten imperialistischen Macht) bedient.

Vorbeugende, das heißt, rechtzeitig wirksam werdende Faschismusbekämpfung muß die Möglichkeiten beider Formen im Blick haben. Sie muß die Mechanismen erkennen, aufgrund derer die monopolkapitalistische Gesellschaft die eine wie die andere Form des Faschismus aus sich hervorbringt. Sie muß die unterschiedlichen Bedingungen, aus denen sich die Verschiedenartigkeiten beider Formen erklären, und zugleich die Einheitlichkeit ihrer Ursachen erkennen, um zu einer realistischen Gegenstrategie zu kommen.

¹⁾ Siehe dazu: Reinhard Opitz: Thesen über den Faschismusbegriff in: Neofaschismus in der BRD. Antifaschistisches Arbeitsheft Nr. 1, Röderberg-Verlag, Frankfurt a. M., 1971.

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen resultieren nicht etwa aus unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsetappen, so wie der Faschismus insgesamt nicht die politische Erscheinung nur einer bestimmten Phase der monopolkapitalistischen Ökonomie ist. Nicht Rezession oder offene Krise „verursachen“ den Faschismus. Seit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus kann der Faschismus in der einen oder anderen Form vielmehr in allen Entwicklungsstufen auftreten. Der Monopolkapitalismus ist lediglich die allgemeine Grundbedingung des Faschismus, ohne die er nicht möglich wäre, weil keine andere gesellschaftliche Kraft an einem faschistischen Regime objektiv interessiert ist.²

Die konkreten Formen, in denen sich der Faschismus realisiert und damit seine konkreten Realisationsmöglichkeiten überhaupt, ergeben sich aus der konkreten politischen Kräftekonstellation des jeweiligen Landes. Das heißt, wesentlich bestimmend sowohl für Entstehung oder Nichtentstehung als auch für die konkreten Erscheinungsformen des Faschismus sind Ausmaß und Wirkung des zu politischen Fronten oder Blöcken zusammengefaßten politischen Bewußtseins der verschiedenen Kräfte der Gesellschaft und die Kräfteverteilung zwischen ihnen; konkret: die Stärke oder Schwäche der demokratischen Kräfte.

Die gesellschaftlichen Klassen definieren sich durch ihre objektive Stellung im Produktionsprozeß. Das quantitative Verhältnis der Klassen zueinander verändert sich dementsprechend nur im Zuge und aufgrund der objektiven ökonomischen Entwicklung. Politische Parteien und Bewegungen hingegen sind Zusammenfassungen des politischen Bewußtseins. Dieses wiederum ist ein der ständigen Beeinflussung ausgesetzter und dadurch veränderbarer Faktor, der sich bei gleicher Stellung im Produktionsprozeß (trotz der von dieser Stellung ausgehenden primären Einflüsse) unterschiedlich entwickeln kann.

Politisches Bewußtsein läßt sich also in unterschiedliche Richtungen bewegen, so daß auch die quantitative Verteilung der politischen Kräfte veränderbar ist. Dies geschieht durch Einflußnahme auf das subjektive Bewußtsein mittels vielfältiger — ökonomischer, politischer und ideologischer — Hebel.

²⁾ Der in monopolkapitalistisch noch unterentwickelte Länder „exportierte“ Faschismus steht dazu nicht im Widerspruch; seine Haupttriebkraft und Hauptstütze liegen bei den „Exporteuren“, also wiederum beim Monopolkapital, ohne die er nicht lebensfähig wäre, so wie etwa die Existenz der faschistischen Militärdiktatur in Griechenland ohne NATO und USA auf längere Dauer nicht möglich wäre.

III. Das monopolkapitalistische Integrationsproblem

Für das Monopolkapital ist die Veränderbarkeit des subjektiven Bewußtseins von außerordentlicher Bedeutung. Das kapitalistische Herrschafts- und Profitsystem läßt sich unbehindert nur aufrechterhalten, solange die Mehrheit der Bevölkerung sich ausbeuten läßt und die von der kapitalistischen Klasse über sie errichtete politische Herrschaft duldet. Vor diesem Problem der Herrschaftssicherung stand schon die liberale kapitalistische Gesellschaft. Vor allem durch zwei historische Entwicklungen hat das Problem der Herrschaftssicherung für den Monopolkapitalismus jedoch zusätzliche Zuspitzungen erfahren.

Die erste dieser objektiven Entwicklungen ist die mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus immer stärker hervortretende vergesellschaftende Wirkung des Kapitals. Die Eigengesetzlichkeit des Monopolkapitalismus bewirkt eine immer engere Verflechtung von monopolistischer Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, und erfordert in zunehmendem Maße deren funktionelles Ineinandergreifen auf der Basis des monopolkapitalistischen Gesamtinteresses. Im Zuge der zunehmenden Herausbildung staatsmonopolistischer Herrschafts- und Regulierungsformen kommt es immer mehr zur faktischen Überhebung der dem Monopolkapital zuverlässig ergebenden (weil direkt oder indirekt von ihm abhängigen) Exekutiven über die nicht in gleicher Geschlossenheit zuverlässigen (weil „Außeneinflüssen“ ausgesetzten) Parlamente. Der Besitz an Informationen, „Sachwissen“ und „Übersicht“, über den die Ministerialbürokratie verfügt, macht deren Vormachtstellung gegenüber den von diesem Besitz weitgehend abgeschnittenen Parlamentariern deutlich.

Der von den Produktivkräften erzwungene, rein formalorganisatorische Fortschritt auf die Einheit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hin, führt in der monopolkapitalistischen Gesellschaft notwendig zur fortschreitenden Aussperrung der nicht- und antimonopolistischen Kräfte³ aus den staatlichen Entscheidungsinstanzen, zur Herausbildung einer ausschließlich am objektiven Interesse des Monopolkapitals orientierten, in

³) Nichtmonopolistische Schichten und Mehrheit verstanden als die Gesamtheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, der Bauern, Handwerker, Handels- und Kaufleute, der kulturell Tätigen, des sogenannten Mittelstandes bis hin zu nichtmonopolistischen Kapitalisten.

ihrem Inhalt von ihm normierten staatlichen Politik. Der Staatsapparat tritt stärker und umfassender denn je als Herrschaftsinstrument der ökonomisch Mächtigsten in Erscheinung. Gleichzeitig ist der notwendigerweise breit gefächerte Staats- und Verwaltungsapparat — anders als die hierarchischen Kommandozentralen der Konzerne und Monopole — vielfältigen „Außeninflüssen“ ausgesetzt. Dies führt wiederum zu weiteren Reibungsverlusten und neuen Widersprüchen.

Die zweite historische Entwicklung besteht darin, daß — gleichzeitig mit dem Beginn dieser, den Staat in die monopolkapitalistische Ökonomie als eigenen Faktor einbeziehenden Entwicklung — die quantitativ gewachsene und zu einer politischen Kraft gewordene Arbeiterklasse die Ausdehnung des anfangs nur auf vermögende Schichten beschränkten Wahlrechts auf alle — d. h. die Einführung des allgemeinen Wahlrechts — erzwingt. Damit bietet sich der Arbeiterklasse als Majorität im Verein mit anderen nichtkapitalistischen Schichten die Möglichkeit, das Majoritätsprinzip der bürgerlichen Demokratie, das ursprünglich als Instrument zur Entscheidungsfindung innerhalb der besitzenden Schichten konzipiert war, für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Zumindest potentiell besteht dadurch für das Großkapital als zahlenmäßig extrem kleine Minderheit jederzeit die Gefahr, von der Majorität überstimmt zu werden.

Seitdem lautet das innenpolitische Grundproblem für den Monopolkapitalismus: Wie gelingt es, daß eine ausschließlich an den objektiven Klasseninteressen der monopolkapitalistischen Minderheit orientierte Politik, die immer größere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens regulieren muß, die subjektive Zustimmung der zur Wahl zugelassenen nichtmonopolistischen Majorität findet und somit im Rahmen eines formaldemokratischen Herrschaftssystems durchgeführt werden kann?

Die gängige Antwort besteht in dem Versuch, eben unter Ausnutzung der Veränderbarkeit des subjektiven Bewußtseins sich aller zur Verfügung stehenden Hebel zu bedienen, um das subjektive Bewußtsein der nichtmonopolistischen Schichten so weitgehend wie nur möglich von der Einsicht in ihre objektiven Interessen abzuziehen, mit dem Ziel, ihnen die dem Monopolkapital dienende jeweilige Politik als Ausdruck ihres eigenen Interesses erscheinen zu lassen. Dabei kommt dem Monopolkapital zustatten, daß schon die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst das

Bewußtsein verfälscht: Die kapitalistische Wirklichkeit fördert zuallererst kapitalistisches Denken.

Die Mittel der Überführung des Bewußtseins der nichtmonopolistischen Schichten in einen Zustand, in dem diesen die monopolkapitalistische Politik als eine den eigenen Interessen entsprechende erscheint und sie ihr in einem scheinbar freiwilligen Wahlakt ihre Zustimmung geben, sind keineswegs nur ideologische Mittel. Es sind einmal die unmittelbaren Gegebenheiten der Klassengesellschaft und ihrer objektiven Strukturen selbst, zum anderen die bewußt zum Zwecke der Bewußtseinsbeeinflussung eingesetzten ökonomischen Mittel und die sich auf die gesellschaftliche Stellung und den Lebensstandard des einzelnen auswirkenden administrativen sozialen Sanktionen. Zu einem erheblichen Teil sind es aber auch rein ideologische Instrumente.

Einen der wichtigsten Wege zur Überführung der (dem monopolkapitalistischen Interesse entgegenstehenden) Formationen des politischen Bewußtseins, der Parteien und Verbänden also, auf den Boden der monopolkapitalistischen Politik ist deren allmähliche, zunächst oft unmerkliche Einbeziehung in die praktische Gefolgschaft für diese Politik über die Führungsspitzen solcher Parteien und Verbände. Hier sind es überwiegend ideologische Hebel, die mindestens in bezug auf das Gros der Mitgliedschaft diese Integration einleiten und stabilisieren. Die dabei wirksam werdenden Integrations- und Formierungshebel sind der Chauvinismus, der Antikommunismus, die Partnerschaftsideologie, die individualistische, gegen die Klassensolidarität gerichtete Aufstiegs- und Erwerbsideologie und ähnliches mehr. Sie alle bezwecken die Veränderung des Bewußtseins in Richtung auf Solidarisierung mit zumindest einem oder mehreren Aspekten der monopolkapitalistischen Interessenpolitik. Ausgehend davon, erfolgt eine Anpassung auch an die übrigen Aspekte dieser Politik.

Diese Integration gelingt allerdings nie vollständig, und sie gelingt in den einzelnen Ländern nur in sehr verschiedenem Umfang und auch in Richtung auf die einzelnen gesellschaftlichen und politischen Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß. Sie muß aber auch gar nicht vollständig gelingen, um ihren Zweck zu erfüllen. Es genügt, wenn sie so weit gelingt, daß die monopolkapitalistische Politik in der Form, in der sie dem Monopolkapital wünschenswert erscheint, die formale Legitimation durch die Mehrheit erhält, wie immer die Parteien auch heißen mögen, die

sich ihren Inhalt zu eigen gemacht haben und sie durchführen — oder von der Oppositionsbank her stützen.

Dabei gibt es verschiedene Integrationsmodelle. Die Verschiedenheit wird bestimmt durch die Unterschiedlichkeit der Integrationshebel und durch den unterschiedlichen Grad der Integration, das heißt davon, welche Schichten sie erreicht und welche nicht. Daraus resultieren wiederum unterschiedliche politische Strukturen der einzelnen monopolkapitalistischen Staaten. Sie können von einer sozialstaatlich-sozialliberal gefärbten parlamentarischen Demokratie über die verschiedensten rechtsliberal bis konservativ getönten Schattierungen hinweg bis zu autoritären Kabinetts- und Präsidialregimen, wenn nicht gar bis zu bestimmten Formen der Militärdiktatur reichen.⁴

Was aber geschieht, wenn die Herrschaftssicherung durch Integration nicht gelingt?

Angesichts des veränderten (und sich weiter verändernden) internationalen Kräfteverhältnisses wird deutlich, daß die „Notwendigkeit“ der monopolkapitalistischen Integration auf einem höchst explosiven Hintergrund gelöst sein will. Denn dazu gehört beispielsweise auch die Organisierung von Massenzustimmung zu imperialistischen Kriegen.

In der Realität erweisen sich etwaige Vorstellungen von einer vollständigen und auf Dauer verlässlichen Integration aller nicht-monopolistischen Schichten sehr schnell als Illusion. Die Eigendynamik des Monopolkapitalismus mit seinen immer stärker auftretenden Widersprüchen führt zur fortwährenden Labilität und Gefährdung des zeitweilig erreichten Integrationsgrades. Prinzipiell ist überall und jederzeit die Möglichkeit gegeben, daß der subjektive Reflex, den die dynamische Widersprüchlichkeit des Monopolkapitalismus in den Massen auslöst, der manipulativen Kontrolle entgleitet und in eine Situation führt, in der die nichtmonopolistischen Schichten in ihrer Mehrheit der monopolkapitalistischen Politik die Legitimation und damit die Gefolgschaft versagen.

Es gibt vor allem zwei voneinander verschiedene Möglichkeiten des Dahinschwindens der monopolkapitalistisch bestimmten Mehrheitsbasis. Die eine ist die, daß die permanente und in einer bestimmten Situation besonders zunehmende Verletzung der In-

⁴ Die insgesamt möglichen monopolkapitalistischen Integrationsmodelle und die sich aus ihnen ergebenden Varianten der nichtfaschistischen Herrschaftsformen des Monopolkapitals sind längst noch nicht genügend untersucht und systematisiert worden.

teressen der nichtmonopolistischen Mehrheit diese zur Annäherung schon ihre politische Aktivität gegen das Monopolkapital und seine politischen Vertreter. (In der Regel erfordert eine solche Entwicklung jedoch einige Vorbedingungen, auf die noch eingegangen werden soll, weil sie für eine antifaschistische Politik bestimmend sind.)

Die andere Möglichkeit hingegen ist die, daß das subjektive Bewußtsein dieser Schichten, trotz heftig empfundenen Unbehagens bis Protestes über die gegebene Wirklichkeit und die eigene Lage, in den Verstrickungen der monopolkapitalistischen Propaganda gefangen bleibt. Dann drängt dieser Unmut — dem objektive Interessenverletzungen zugrunde liegen, deren Ursachen aber wegen der Befangenheit in der monopolkapitalistischen Ideologie nicht durchschaut werden — zu einer aggressiven Wendung gegen diejenigen, die die monopolkapitalistische Ideologie täglich als „die Feinde der Nation“, als die Hauptschuldigen an allen Mißständen hingestellt hat: „die Intellektuellen“, „die Linken“, „die Roten“, „die Kommunisten“, „die Russen“ usw.

Diejenigen, auf die dann Protest und Angriff der Unzufriedenen gelenkt werden, sind außerhalb der Grenzen der jeweilige äußere „Hauptfeind“ und im Innern des Landes stets die demokratischen Kräfte (die dadurch als demokratisch definiert sind, daß sie die objektiven Interessen der nichtmonopolistischen Mehrheit zum Ausdruck bringen). Da nun aber der monopolkapitalistische Staat den Kampf gegen diese demokratischen Kräfte bereits permanent führt und sich auch mit seinen äußeren Gegnern ohnehin ständig auseinandersetzt, kann sich der Wunsch der in Unruhe geratenen nichtmonopolistischen Schichten nach radikaler Veränderung nur im Drängen nach noch schärferem Vorgehen gegen diese — ihnen von der imperialistischen Politik vorgegaukelten — inneren und äußeren „Feinde“ zum Ausdruck bringen. Das heißt, an die Stelle bloßer Behinderung der progressiven Kräfte und der diplomatischen und ökonomischen Bekämpfung des äußeren „Feindes“ tritt der Ruf nach totaler Vernichtung und Zerstörung. In der Zuspitzung heißt das offener

Terror und Krieg zur Durchsetzung aggressiver Ziele des Monopolkapitals, die fälschlicherweise als — in Wirklichkeit herbeimanipulierter und fremdbestimmter — „Willen“ von Volksmassen dargestellt werden.

Unbehagen und Protest schlagen so aufgrund des monopolkapitalistisch verfälschten Bewußtseins in faschistische Mentalität um. Auf diese Weise werden faschistische Massenbewegungen erzeugt.

IV. Entstehung der Hauptformen des Faschismus

Wenn die traditionellen monopolkapitalistischen Parteien keine Mehrheitsbasis mehr finden und die formal-demokratische Integrationsmechanismen versagen, nimmt das Monopolkapital — vorausgesetzt, es wird von der militantesten und aggressivsten Fraktion beherrscht, der sich im „Gesamtinteresse“ auch die anderen Kapitalklassen unterordnen — Kurs auf den Übergang in den Faschismus, um seine Ziele zu erreichen.

In welcher Form es diesen Übergang vollzieht — und ob es ihm überhaupt gelingt, ihn zu vollziehen —, hängt nunmehr davon ab, in welchem Grade und Verhältnis sich die nichtmonopolistischen Schichten zu demokratischen Potentialen einerseits und zu faschistischen „Oppositions“-Potentialen andererseits formiert haben.

Einige unterschiedliche Möglichkeiten seien hier als „Modellbeispiele“ angeführt:

Möglichkeit A: Demokratisches und faschistisches Potential sind annähernd gleich stark, umfassen also etwa gleich große Teile der nichtmonopolistischen Schichten. In diesem Fall versucht das Monopolkapital, das faschistische Potential zur terroristischen Unterdrückung bis Vernichtung des demokratischen Potentials zu benutzen. Bei annähernd gleich starken Kräften ist der Ausgang des Kampfes theoretisch zwar offen, es muß aber einkalkuliert werden, daß in der Regel staatliche Machtmittel zugunsten der Rechtskräfte eingesetzt werden.

Dasselbe gilt noch stärker für den Fall eines von vornherein kleineren und unterlegenen demokratischen Potentials. Denn die Errichtung einer faschistischen Diktatur ist in keinem Fall

an die Voraussetzung einer stark entwickelten und mit der effektiven Machtübernahme „drohenden“ sozialistischen Bewegung geknüpft. Faschismus wird nicht von einer sozialistischen Bewegung, sondern von der inneren Widersprüchlichkeit des Monopolkapitalismus und deren Folgen provoziert.

In der faschistischen Partei oder Bewegung besitzt das Monopolkapital fortan eine neue Massenlegitimation und sein neues politisches Instrument, denn die faschistische Bewegung ist konstitutionell und prinzipiell unfähig, eine andere als monopolistische Politik zu betreiben. Dies resultiert vor allem daraus, daß es zum Monopolkapitalismus keine andere Alternative als die des Sozialismus gibt.

Jeder Versuch etwa zur Realisierung eines mittelständisch orientierten Ständestaates würde dazu führen, daß der industrielle Produktionsapparat hinter sein schon erreichtes Niveau zurückfällt. Da faschistische Parteien und Bewegungen aber gerade auf imperialistische Machtsteigerung fixiert sind, also auf keinen Fall eine De-Industrialisierung gebrauchen können, und ihr konstitutioneller Antisozialismus sie an jeder sozialistischen Lösung hindert, bleiben sie mangels einer Alternative zum monopolkapitalistischen Wirtschaftssystem auch zwangsläufig den ökonomisch herrschenden Kräften untergeordnet. Ihre Politik wird nach der Machtergreifung ausschließlich von deren Interessen normiert. Daraus folgt gesetzmäßig die Liquidierung jener Kräfte in der faschistischen Bewegung, die bis zur Machtergreifung an die trügerische Möglichkeit eines „antimonopolistischen“ Faschismus geglaubt haben.

Möglichkeit B: Die faschistische Bewegung ist schwach, die demokratische und sozialistische hingegen stark entwickelt. In diesem Fall ist eine Zerschlagung des demokratischen Potentials mit Hilfe einer faschistischen Massenbewegung nicht möglich. Dem Monopolkapital steht dazu nur noch der militärische und polizeiliche Machtapparat zur Verfügung. Es wird also versucht, eine faschistische Diktatur auf militärischer Basis zu errichten.

Möglichkeit C: Die demokratische und sozialistische Bewegung ist so übermächtig entwickelt und hat bereits so starken Anhang und Einfluß in allen Gruppen und Einrichtungen der Gesellschaft (bis hinein in die Armee), daß auch die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur nahezu unmöglich wird. In

diesem Fall muß sich das Monopolkapital — wenn imperialistische „Hilfe“ von außen ausbleibt — gezwungenermaßen auf den Weg fortschreitender politischer Kompromisse an die demokratischen Kräfte und somit auf den Weg fortschreitender Demokratisierung der Gesellschaft begeben.

V. Antifaschistische Strategie

Aus den hier aufgezeigten Möglichkeitsformen der Faschismus-Entstehung ergeben sich bereits die wichtigsten Schlußfolgerungen für Strategie und Praxis des antifaschistischen Kampfes.

Die Strategie der Faschismusverhinderung muß sowohl von der Gefahr einer faschistischen Massenbewegung als auch von der einer faschistischen Militärdiktatur ausgehen. Der antifaschistische Kampf muß also unter einem doppelten strategischen Ziel geführt werden: einmal der Entstehung faschistischer Massenmentalität entgegenzuwirken und damit dem Monopolkapital die Möglichkeit der Errichtung des Faschismus auf Massengrundbasis zu nehmen, zum anderen gleichzeitig den Weg zur Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur abzuschneiden.

Die Verhinderung des Heranwachsens faschistischer Massentendenzpotentiale muß zunächst von der Einsicht in die Natur dieser Potentiale ausgehen und dieser Einsicht entsprechend angelegt sein.

Wenn sich aus den nichtmonopolistischen Schichten faschistische Massenbewegungen rekrutieren, dann geschieht dies — wie eingangs beschrieben — vor allem wegen des verfälschten Interessenbewußtseins, das in bestimmten Situationen in faschistische Mentalität umgemünzt werden kann. Die wichtigste Sperre gegen das Aufkommen und Anwachsen faschistischer Massenbewegungen liegt deshalb in der Objektivierung des Interessenbewußtseins der nichtmonopolistischen Schichten, damit diese soweit als irgendmöglich zu einem bewußt demokratischen Potential herangebildet und damit dem Rekrutierungsreservoir des Faschismus entzogen werden. Das heißt, antifaschistische Aufklärung und Politik muß dazu beitragen, daß die nichtmonopolistischen Schichten ihre objektiven Interessen erkennen und sich dementsprechend — d. h. ablehnend gegenüber Monopolkapital und Faschismus — verhalten.

Es gibt kaum eine nichtmonopolistische Gruppierung, die von

vornherein gegen Anfälligkeit für den Faschismus gefeit und daher für ihn uninteressant wäre. Es gibt somit auch keine, um deren Bewußtsein zu kämpfen sich die Antifaschisten aus irgendwelchen Gründen ersparen könnten.

Gerade diejenigen Schichten und Gruppen, bei denen ein Umschlagen ihres falschen Bewußtseins in faschistische Mentalität am ehesten zu befürchten ist, dürfen am wenigsten als Adressat der antifaschistischen Arbeit vernachlässigt werden. Ihnen muß besonders eindringlich und unermüdlich an konkreten Beispielen und Erfahrungen die Unvereinbarkeit des Faschismus mit ihren eigenen Interessen nachgewiesen werden. Dazu gehört sowohl die Vermittlung der Erfahrungen mit dem bereits stattgefundenen Faschismus (der Periode von 1933 bis 1945) als auch die enthüllende Darstellung der tatsächlichen faschistischen Praktiken und Ziele, die sich hinter sozial- und nationaldemagogischen Parolen verbergen.

Wer etwa nur die organisierte Arbeiterbewegung oder gar nur diejenigen, die bereits sozialistisches Bewußtsein besitzen, für allein ansprechbar hält und ausschließlich sie einer antifaschistischen Bündnisfront zuzuführen sucht, verkennt die strategische Aufgabe des antifaschistischen Kampfes. Sie besteht vor allem darin, gerade die faschismusanfälligen Bevölkerungsteile aus ihrem gefährlich weit verfälschten Bewußtseinszustand, der sie faschismusanfällig macht, herauszuführen.

Gerade weil in solchen Schichten das verfälschte Bewußtsein besonders tief verankert ist, wäre es ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen, diese faschismusanfälligen Schichten etwa durch sozialistische Zielsetzungen zu antifaschistischer Abwehrbereitschaft bringen zu wollen. Ihr verfälschtes Bewußtsein ist ja gerade von völliger Verständnislosigkeit oder sogar Feindschaft gegenüber sozialistischen Formen und Zielen gekennzeichnet.

Die notwendige rechtzeitige Verhinderung des Faschismus läßt den Antifaschisten nicht die Zeit, solange zu warten, bis diese Schichten in einem langen Lernprozeß die Gesamtheit ihrer objektiven Interessen vollständig erkannt haben. Eine Strategie, die von den Menschen den dritten und vierten Schritt vor dem ersten und zweiten verlangt, wäre angesichts der noch nicht existenten und noch nicht gesicherten antifaschistischen Front höchst gefährlich.

Um dem Monopolkapital den Übergang in den Faschismus auf dem Wege der Massenbewegung unmöglich zu machen, bedarf es — als erstem Schritt — der Vermittlung der Einsicht möglichst großer Teile der nichtmonopolistischen Schichten in die absolute Unvereinbarkeit der faschistischen Diktatur mit ihren eigenen Interessen, damit diese Schichten bereit sind, einen solchen Übergang mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Einsicht in die Unvereinbarkeit des Faschismus mit den eigenen Interessen stellt den ersten Schritt des Prozesses der politischen Bewußtwerdung dar. Sie leitet ihn ein, lange bevor der Monopolkapitalismus selbst zum Gegenstand kritischen Nachdenkens wird. Der Weg, auf dem sich verfälschtes Bewußtsein in objektives Interessenbewußtsein umwandelt, ist notwendigerweise ein langwieriger, aus vielen Schritten bestehender Prozeß. Er ist nicht mit einem einzigen Sprung zurückzulegen. Eine solche sprunghafte Entwicklung kann allenfalls in außergewöhnlichen Situationen eintreten. Wegen der Unwägbarkeit und der Gefahr des Umschlagens in entgegengesetzte Richtung aber kann die Erwartung eines solchen „Sprunges“ nicht zur Grundlage einer antifaschistischen Strategie gemacht werden. Nur die allgemein antifaschistische Sammlungsplattform macht eine optimale antifaschistische Abwehrfront aller nichtmonopolistischen Schichten möglich. Der antifaschistische Kampf muß daher auf dieses Ziel einer die Mehrheit der Bevölkerung umfassenden antifaschistischen Front gerichtet sein. Daraus ergibt sich, daß seine Sammlungsplattform nicht sozialistisch sein kann, sondern allgemein antifaschistisch bestimmt sein muß.

Die Konfrontation mit den vorhandenen faschistischen Tendenzen führt die nichtmonopolistischen Schichten in praktische Auseinandersetzungen mit dem Monopolkapital. Und nur, indem sie in diese konkreten Auseinandersetzungen eintreten und dabei ihre eigenen Erfahrungen machen und neue Einsichten gewinnen, kann sich ihr politisches Bewußtsein weiterentwickeln. Dagegen würde eine sozialistische Sammlungsplattform von vornherein nur eine Minderheit der nichtmonopolistischen Schichten zu einer antifaschistischen Kampffront vereinen. Die noch in antisozialistischen Vorstellungen befangenen Teile der nichtmonopolistischen Schichten würden mit Sicherheit von der Teilnahme an diesem Kampf abgehalten, wenn nicht sogar dem Faschismus in die Arme getrieben werden.

In einer krisenhaft zugespitzten Situation, in der die bis dahin nicht für den Sozialismus gewonnene Mehrheit der nichtmonopolistischen Schichten zwar die als unerträglich empfundenen Verhältnisse ändern möchte, aber den Weg ins Unbekannte einer neuen Gesellschaftsordnung scheut und unter dem Eindruck der monopolkapitalistischen Propaganda nach wie vor geradezu panische Angst vor dem Sozialismus empfindet, wird sie sich — wenn ihr die antifaschistische Linke als Alternative ausschließlich den Sozialismus anbietet — eher denen zuwenden, die ihr auf dem Boden der bekannten Ordnung ein Regime „der starken Hand“ zwecks angeblicher Beseitigung aller unmittelbar drückenden Mißstände versprechen.

Es ist in einer derartigen Situation — und nicht minder vorher, in einer Phase relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilität — schon schwer genug, der Mehrheit verständlich und einsehbar zu machen, daß und weshalb alle von rechts kommenden Parolen und Versprechungen prinzipiell betrügerisch sind und daß diese stets nur Köder sind, mit denen die Mehrheit in einen Zustand gelockt werden soll, in dem sie schutzlos der rücksichtslosen Verletzung aller ihrer Interessen unterworfen ist.

Den nichtsozialistischen und auch den zunächst sogar noch aktiv antisozialistisch eingestellten nichtmonopolistischen Bevölkerungsteilen — gegen ihre antisozialistischen und antikommunistischen Ressentiments — die Notwendigkeit des Zusammengehens mit Sozialisten als das Grundfordernis wirksamer Faschismusverhinderung begreiflich zu machen, weil es einen wirksamen Schutz gegen den Faschismus nur im gemeinsamen Kampf der nichtsozialistischen und der sozialistischen Kräfte gegen jedwede faschistische Regung gibt, stellt die eigentliche Schwierigkeit und damit eine Kernaufgabe der antifaschistischen Arbeit dar.

Diese Aufgabe läßt sich nicht dadurch lösen, daß man diejenigen Schichten, die dem Sozialismus mit Vorbehalten oder mit Ablehnung gegenüberstehen und die sich auch für den einen oder anderen Wesenszug der kapitalistischen Ordnung aktiv engagieren, wortgewaltig als „faschistisch“ oder „profaschistisch“ beschimpft.

Diese Schichten lassen sich nur dadurch für ein antifaschistisches Bündnis gewinnen, daß man ihnen unermüdlich den Widerspruch zwischen ihren eigenen nächstliegenden Interessen und

den tatsächlichen Ambitionen eines faschistischen Regimes nachweist, bis ihnen die Identität ihrer Interessen mit den Interessen der Sozialisten an der Verhinderung des Faschismus einsichtig wird.

Man löst diese Aufgabe auch nicht dadurch, daß man den qualitativen Unterschied zwischen der noch gegebenen nichtfaschistischen und einer faschistischen Ordnung leugnet oder unterschlägt. Der gravierende Unterschied zwischen einer bürgerlich-demokratisch verfaßten und einer faschistischen Herrschaftsform des Monopolkapitals braucht nach den konkreten Erfahrungen mit dem Hitlerregime wohl nicht noch eingehender begründet zu werden.

Die sozialistische und kommunistische Bewegung hat bitterstes Lehrgeld dafür bezahlen müssen, daß sie in der seinerzeit entscheidenden geschichtlichen Phase eine Zeitlang den oben beschriebenen Versuchungen erlegen war. Da sich auch heute wieder ein großer Teil solcher kurzschlüssigen Neigungen in verschiedenen Strömungen innerhalb der Linken bemerkbar macht, sei hier das Studium jenes Diskussions- und Lernprozesses empfohlen, den die seinerzeit in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien auf ihrem VII. Weltkongreß zum Abschluß brachten.⁵⁾

Die eingehende Beschäftigung mit den Bedingungen und Mechanismen der Entwicklung des subjektiven Bewußtseins der nichtmonopolistischen Schichten bestätigt die damals vom VII. Weltkongreß der KI zum erstenmal programmatisch formulierte Einsicht, daß man den drohenden Faschismus nicht mit der Gegenlösung der sozialistischen Revolution, sondern nur mit einer die Mehrheit der nichtmonopolistischen Schichten umfassenden — und auch die Widersprüche im Monopolkapital selbst ausnutzenden und damit die aggressivsten Kreise isolierenden — antifaschistischen Einheitsfront verhindern kann.⁶⁾

Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für denjenigen Teil der gesellschaftlichen Kräfte, dessen politisches Bewußtsein am weitesten voranentwickelt, also schon so weit objektiviert ist, daß er nicht nur den Faschismus als Gefahr, sondern bereits den Monopolkapitalismus als dessen Quelle und Ursache

⁵⁾ s. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., 1971.

⁶⁾ An dieser Frage muß selbstverständlich theoretisch und praktisch weitergearbeitet werden. Sicher ist jedoch, daß der Kampf um die Verhinderung des Heranwachstums faschistischer Massenpotentiale nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er dieser strategischen Grundlinie folgt.

erkannt hat. Dadurch, daß sein Bewußtsein am weitesten entwickelt und seine Einsicht in die Zusammenhänge folglich am gründlichsten ist, fällt ihm im antifaschistischen Kampf meistens die Initiative und in gewissem Umfang eine führende Rolle zu.

Wenn Kommunisten und Sozialisten überall in der Welt zum motorischen Kern der antifaschistischen Bewegungen gehören, dann ist dies objektiv dadurch bedingt, daß das Proletariat die gesellschaftliche Hauptkraft im Kampf gegen den Kapitalismus ist und demzufolge die politisch bewußtesten — in sozialistischen Parteien organisierten — Teile des Proletariats auch die konsequentesten Gegner des Faschismus sind. Es hat dies also nichts mit einem subjektiven Führungsanspruch zu tun.

Doch der natürliche führende Anteil der Sozialisten an den antifaschistischen Bewegungen darf diese niemals dazu verleiten, das eigene sozialistische Bewußtsein irrtümlich als allgemein verbreitet anzusehen und es zur Sammlungsplattform des antifaschistischen Kampfes erheben zu wollen.

VI. Entwicklung demokratischer Gegenmacht

Die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen für die Verhinderung faschistischer Massenbewegungen gelten im Kern auch für die Verhinderung eines faschistischen Putsches.

Grundsätzlich gibt es gegen die Gefahr einer vom Monopolkapital errichteten faschistischen Militärdiktatur keinen anderen Schutz als den, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die bewußt demokratischen Kräfte in der Gesamtgesellschaft einen nicht zu überwindenden Machtfaktor darstellen. Das setzt voraus, daß sie in den entscheidenden Machtzentren, von denen aus ein solcher Staatsstreich ins Werk gesetzt und vollzogen werden kann, bereits stark genug vertreten sind, um ihn unmöglich zu machen. Die dazu erforderliche unmittelbare Anwesenheit in den innersten Machtzentren des monopolkapitalistischen Staates — also in Wirtschaft, Armee, Regierung und Verwaltung — und deren Beeinflussung sind im Prinzip die einzige Garantie gegen die Möglichkeit einer mittels des Militär- und Machtapparates errichteten faschistischen Diktatur.

Dabei gilt im Grundsatz dasselbe wie bei der Herstellung eines antifaschistischen Bewußtseins in möglichst allen Schichten der Bevölkerung. Der Kampf um das Eindringen in die Machtzentren des formaldemokratisch verfaßten Staates und seiner Wirtschaft — geführt unter dem Ziel der Demokratisierung — setzt, wenn dieser Kampf wirksam, also als Massenkampf geführt werden soll, ebenfalls ein weitverbreitetes antimonopolistisches Bewußtsein voraus.

Wenn wir davon ausgehen, daß es aus naheliegenden Gründen immer am schwersten ist, die Armeeführung aus der Loyalität zur herrschenden Klasse zu lösen beziehungsweise den demokratischen Kräften führende Positionen in der Armee zu erobern, so bleiben — obwohl es wichtig ist, auch in der Armee für demokratische Strukturen und demokratisches Bewußtsein zu kämpfen — in der Hauptsache zwei große Machtzentren übrig, in die „einzudringen“ die vordringliche Aufgabe der antifaschistischen Kräfte ist: die monopolkapitalistische Wirtschaft, in der die Unternehmermacht durch gewerkschaftliche Gegenmacht eingedämmt und gebrochen werden muß, und die Organe des monopolkapitalistischen Staates, in dem die Macht der monopolkapitalistischen Parteien durch die Macht der progressiven Kräfte eingedämmt und gebrochen werden muß.

Das eine ist am ehesten erreichbar durch den Kampf für weitestgehende Mitbestimmung in der Wirtschaft, das andere durch offensive Auseinandersetzung mit den monopolkapitalistisch beherrschten Parteien und ihrer Politik, also durch den Kampf um die öffentliche Meinung, um die Wähler und damit um die politische Macht.

Das heißt — zusammengekommen — nichts anderes, als daß der antifaschistische Kampf mit dem allgemeinen Kampf der demokratischen Kräfte um die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals zusammenfließt.

Unter diesem Gesichtspunkt wird übrigens auch deutlich, daß es politischer Unfug ist, den Kampf um die Mitbestimmung als „reformistisch“ oder „systemstabilisierend“ abzutun und den heutigen Zustand der Gewerkschaften so zu beklagen, daß daraus eine antigewerkschaftliche Position entsteht.

Natürlich würde selbst der größte formelle Einbruch der Gewerkschaften in die Entscheidungsgremien des Großkapitals

auch im antifaschistischen Sinne wenig nützen, wenn die Gewerkschaften ihre neugewonnenen Machtpositionen letztlich nur als „Ordnungsfaktor“ im Sinne des Großkapitals gebrauchen würden. Auf der anderen Seite aber ist die heutige formelle Größe und relative Geschlossenheit der Gewerkschaften eine unerläßliche äußere Voraussetzung für die Möglichkeit eines solchen Machteinbruchs. Deshalb kann es nicht um eine Schwächung oder gar Zerstörung des schon vorhandenen gewerkschaftlichen Machtkörpers gehen, sondern nur darum, daß sich in diesem Körper das erforderliche Interessenbewußtsein heranzubildet, so daß aus der formalen Macht der Gewerkschaften eine bewußt antifaschistische und antimonopolistische Macht wird. An dieser Aufgabenstellung wird zugleich deutlich, daß bei der Verbindung von antifaschistischem und antimonopolistischem Kampf der antifaschistische Gesichtspunkt nicht etwa verschwindet; er erweist sich vielmehr als ein notwendiger eigener Aspekt des antimonopolistischen Kampfes.

Wer aus antifaschistischer Motivierung, also aus Gründen der Faschismusverhinderung, einen Machteinbruch der Gewerkschaften in die Wirtschaft fördert, der fördert zugleich die antimonopolistische Demokratisierung im allgemeinen. Und wer, etwa aus sozialpolitischen oder allgemeinen Gerechtigkeitserwägungen, für die antimonopolistische Demokratisierung kämpft, der wirkt damit gleichzeitig der Faschismusgefahr entgegen. Dieses Wechselverhältnis gilt für alle Bereiche des antifaschistischen und des antimonopolistischen Kampfes.

Dafür sei als weiteres Beispiel der Kampf für internationale Entspannung, Friedenssicherung und Koexistenz genannt. Er hat sein primäres Motiv im subjektiven wie objektiven Interesse der nichtmonopolistischen Schichten am Frieden. Er ist zugleich ein antimonopolistischer Kampf, weil er sich bei konsequenter Durchführung praktisch gegen Rüstungs-, Militarisierungs- und imperialistische Ziele des Monopolkapitals richtet.

Mit dem Kampf gegen aggressive außenpolitische Konzeptionen des Monopolkapitals und für die Einbeziehung monopolkapitalistischer Staaten in Friedenssicherungs-Systeme wird der Spielraum für etwaige Spekulationen auf kriegerische Lösungen erheblich eingeengt. In dem Maße, in dem sich dadurch außenpolitische Situationen nicht mehr willkürlich zuspitzen und sich im Inneren des Landes militaristische und kriegerische Stimmungen

nicht mehr ohne weiteres erzeugen lassen, wird dem Monopolkapital auch der Übergang in faschistische Herrschaftsformen erschwert. Beide Gesichtspunkte widerspiegeln den objektiv antifaschistischen und antimonopolistischen Inhalt des Friedenskampfes. Beide Aspekte sind wiederum nicht zu trennen von dem Kampf um zunehmende politische Macht der demokratischen Kräfte auf allen Ebenen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, also vom Kampf um demokratischen Fortschritt, um den Weg zur Friedenssicherung zu stabilisieren.

Damit könnte nun die Frage gestellt werden: Wozu dann das ganze Reden von einem speziell antifaschistischen Kampf, wenn am Ende doch alles zusammenfließt? Weshalb die Unterscheidungen zwischen antifaschistischem, antimonopolistischem und sozialistischem — also grundsätzlich antikapitalistischem — Kampf, wenn der antifaschistische Kampf letztlich doch nur, wenn auch unter besonderem Aspekt, als antimonopolistischer Kampf und der sozialistische — unter Berücksichtigung der konkreten Situation — heute ebenfalls nur als antimonopolistischer Kampf geführt werden kann, wenn sich also doch alles schließlich auf ein und derselben aktuellen strategischen Linie trifft?

Eine solche Frage kommt jedoch nicht aus der Praxis, sondern aus kategorisierendem Denken. In der Praxis faltet sich das in der Sache Zusammengehörende und objektiv eine Einheit Bildende in seine verschiedenen Aspekte auseinander. Die einzelnen nichtmonopolistischen Schichten verfügen nicht über ein gleichmäßiges Bewußtsein von ihren objektiven Gesamtinteressen, weil es in der Praxis zahlreiche Abstufungen des subjektiven Bewußtseinszustandes gibt.

Wenn es anders wäre, dann wäre der Zusammenschluß und Zusammenhalt aller nichtmonopolistischen Schichten schon erreicht, das subjektive Bewußtsein würde den objektiven Interessen und Möglichkeiten entsprechen — und die faschistische Gefahr wäre bereits überwunden. Dahin müssen wir aber erst kommen. Das anzustrebende realistische (objektivierte) Interessenbewußtsein darf nicht mit dem derzeit gegebenen Ausgangsbewußtsein verwechselt werden.